

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

François de Rose

Atlantische Beziehungen  
und atomare Probleme

Wanda Kampmann

Die Vorgeschichte  
der russischen Revolution  
Ein Unterrichtsmodell

B 19 / 63  
8. Mai 1963

Comte François de Tricornot de Rose, geb. 3. Nov. 1910 in Carcassonne; Diplomat, Mitglied des Präsidiums des Französischen Instituts für Strategische Studien, Mitglied des (französischen) Komitees für Atomenergie, Präsident der europäischen Organisation für Kernforschung, Mitglied des (französischen) Komitees für Weltraumforschung.

Wanda Kampmann, Dr. phil., Oberstudienrätin, Fachleiterin für Geschichte am Studienseminar in Düsseldorf.

Herausgeber: Bundeszentrale für Heimatdienst  
53 Bonn / Rhein, Königstraße 85.

Nachforderungen der Beilagen „aus politik und zeitgeschichte“ sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preise von DM 1.89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5 — zuzüglich Verpackungs- und Portokosten richten Sie bitte an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „aus politik und zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Atlantische Beziehungen und atomare Probleme

Eine französische Stimme

## Verstimmung beiderseits des Atlantiks

Wenn wir das Jahr 1962 rückblickend darauf ansehen, wie es die Beziehungen zwischen den Atlantikmächten beeinflusst hat, finden wir das Schwergewicht in dem Suchen nach Mitteln und Wegen, den von Präsident Kennedy in seiner Rede am 4. Juli geforderten Geist der Partnerschaft wirkungsvoller in die Praxis umzusetzen. Das Hindernis, an dem sowohl Staatsmänner als auch Autoren bei diesem Suchen ins Straucheln gerieten, stand fast immer im Zusammenhang mit Atomrüstungsfragen, besonders aber mit der Teilung der Verantwortung für die Verfügungsgewalt über die Kernwaffen und ihren Einsatz.

Von den verschiedenen Versuchen, praktische Lösungen für diese Probleme zu finden, verdienen das Angebot der Vereinigten Staaten, dem NATO-Kommando Polaris-Unterseeboote zu unterstellen und die Vorschläge der Bahama-Konferenz besondere Erwähnung. Ferner ist im verflissenen Jahr die hinter der Politik der Vereinigten Staaten stehende Doktrin schärfer umrissen worden als je zuvor: auf der Pressekonferenz Kennedys am 18. Dezember, in den Erklärungen Mr. McNamaras auf der NATO-Tagung in Athen und in Ann Arbor sowie in der Rede von Mr. McGeorge Bundy vor der Atlantikpakt-Gesellschaft am 27. September in Kopenhagen — alles offizielle Äußerungen mit amtlichen Vorschlägen. Unmöglich wäre es, alle Artikel aufzuzählen, die von privaten Verfassern im Laufe des Jahres über dieses Thema geschrieben worden sind. Beispielsweise galten die ersten drei Artikel in FOREIGN AFFAIRS vom Januar 1963<sup>1)</sup> eben dieser Frage: wie die Kernwaffenprobleme zu behandeln seien, um die atlantische Partnerschaft zu verbessern.

Zusammenfassungen bergen zwar stets die Gefahr einer Sinnentstellung in sich, doch kann man wohl sagen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten eine Notwendigkeit nationaler Atomstreitkräfte in Europa nicht sieht und glaubt, es bestehe die Gefahr, derartige

1) Deutsch: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT, B 12/63.

Streitkräfte könnten im Kriegsfall in einer Weise eingesetzt werden, durch die eine Atomkatastrophe eher heraufbeschworen als abgewendet werden würde. Sie erkennt jedoch zwei Tatsachen an, nämlich daß zwei europäische Staaten die nationale Kernwaffenproduktion aufgenommen haben und daß in Europa der Wunsch wächst, teilzuhaben an der Verantwortung für die Entscheidung, ob solche Waffen eingesetzt werden sollen oder nicht. Daraus resultiert die Meinung, daß die Vereinigten Staaten den Aufbau einer multilateralen Atomstreitmacht, die voll in die amerika-

**François de Rose:**

**Atlantische Beziehungen und  
atomare Probleme . . . . . Seite 3**

**Wanda Kampmann:**

**Die Vorgeschichte der russischen  
Revolution als Einführung in das  
politische System der Sowjetunion Seite 11**

nische integriert wäre, unterstützen und unter gewissen Bedingungen ihre Hilfe zur Erstellung nationaler Kernwaffenträger-Verbände leihen könnten<sup>2)</sup>.

Zu diesen Auffassungen über die Behandlung der Kernwaffenprobleme und die Verbesse-

2) Zur Zeit der Niederschrift war das genaue Verhältnis, das auf Grund des Nassau-Abkommens zwischen der britischen und der amerikanischen Abschreckungsstreitmacht geschaffen werden soll, noch nicht eindeutig klar.

Mit der Veröffentlichung einer französischen Stimme wird die Diskussion über die Probleme der atlantischen Verteidigung und das Verhältnis der Bündnispartner zueinander fortgesetzt (vgl. „Aus Politik und Zeitgeschichte“ B 42/62, B 44/62 und B 12/63).

Der Abdruck erfolgt wiederum mit freundlicher Genehmigung des Herausgebers aus der New Yorker Vierteljahresschrift „Foreign Affairs“, April 1963.

rung unserer Partnerschaft wollen wir hier Stellung nehmen. Das ist nicht leicht, weil die Verwendung der Kernenergie für militärische Zwecke einander widersprechende Wirkungen auf die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und einigen ihrer Verbündeten ausgeübt hat. Zuerst und vor allem gab die amerikanische Atomrüstung Europa natürlich die Garantie der Sicherheit, die den Hauptpfeiler seines politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus bildete. Andererseits hat man das in Europa nicht sehr beifällig aufgenommen, daß die Vereinigten Staaten diese Rüstung mit einem Mantel des Geheimnisses umgaben und Versuchen von NATO-Verbündeten, sich selbst mit modernen Waffen auszurüsten, heftigen Widerstand entgegensetzten — um so mehr, als die ersten von den Vereinigten Staaten erzielten Ergebnisse auf wissenschaftlichen Leistungen fußten, die größtenteils aus europäischen Forschungsstätten stammten. Ähnlich haben die amerikanischen Bemühungen um eine Einigung über die Einstellung der Kernwaffentests, bisweilen als eine gegen die Freunde gerichtete Einigung unter Gegnern bezeichnet, zumindest einige Kreise Europas verstimmt. Die Vereinigten Staaten wiederum blickten mit Sorge auf die Atompolitik mancher europäischer Länder, weil sie, militärisch und technologisch nutzlos, eine Vergeudung von anders besser zu verwendenden Mitteln sei und politisch einen Irrweg darstelle, da sie als Zeichen dafür aufgefaßt werden könnte, daß die betreffenden Länder entweder in der Lage zu sein wünschten, das Zündholz an das Pulverfaß zu halten, oder danach trachteten, sich für eine Politik der dritten Kraft im neutralistischen Sinn zu wappnen.

Das Vorstehende genügt wohl, um deutlich zu machen, daß die militärische Anwendung der Atomenergie für die Regierungen der westlichen Länder Probleme geschaffen hat und die Bemühungen um ihre Lösung nicht immer dem Wachsen des Geistes der Partnerschaft förderlich waren. Diese Probleme sollen hier in dem klaren Bewußtsein erörtert werden, daß auf beiden Seiten Schwierigkeiten vorhanden sind und keine Lösung praktikabel ist, die wohl den Europäern gerecht wird aber nicht den Amerikanern oder umgekehrt. Wir werden uns deshalb nicht mit diesem oder jenem spezifischen Vorschlag beschäftigen, sondern versuchen, die Faktoren herauszuarbeiten, die uns die Grundlage einer angemessenen Beurteilung der gesamten Frage zu bilden scheinen.

## Kein Zweifel an der amerikanischen Garantie

Die einer Antwort harrende Frage lautet, ob es ein für Europa spezifisches Sicherheitsproblem gibt oder nicht. Wenn allgemeines Einvernehmen darüber bestünde, daß die atomare Verteidigung aller Mitglieder der Allianz völlig unteilbar ist, wäre es nicht notwendig, ein so kompliziertes und kostspieliges Gebilde wie eine multilaterale Streitmacht zu schaffen, nur um zu bekunden, daß wir mehrere gleichberechtigte Partner sind. Wenn dagegen ein für Europa spezifisches Sicherheitsproblem besteht, dann muß eine Lösung dafür gefunden werden.

Als Franzose geht man mit einer gewissen Befangenheit an diese Diskussion heran. Aus nur allzu verständlichen Gründen sind amtliche Stellen und Öffentlichkeit der USA überaus empfindlich gegen alle Argumente, die darauf hinauslaufen, die Verteidigung Europas von der der Vereinigten Staaten oder das Problem der Abschreckung, wie es sich für Europa stellt, von der Abschreckungsfrage, wie sie für die Vereinigten Staaten aussieht, zu trennen. Sie ziehen voreilig den Schluß, daß jeder, der hierüber zu diskutieren sucht, die militärische Bürgschaft der USA bezweifle oder die Hunderttausende von Amerikanern, die ständig in Europa stationiert sind, und die gewaltige Zahl dort verteilter und im Falle eines Krieges für den Einsatz durch europäische Streitkräfte bereitstehender Kernwaffen vergesse.

So wollen wir zu zeigen versuchen, daß das Eintreten für unabhängige Atomstreitkräfte in Europa nichts zu tun hat mit der Antwort auf die Frage, die, wie Mr. Dean Acheson hier schrieb, von Europäern gestellt wird: „Kann man sich darauf verlassen, daß die Vereinigten Staaten, . . . angesichts der möglichen Folgen für ihr eigenes Land, Kernwaffen einsetzen würden, wenn nicht ihre eigene Sicherheit unmittelbar bedroht ist?“<sup>3)</sup> Ungeachtet der Erklärung Mr. Herters vom April 1959<sup>4)</sup>, ungeachtet der zahllosen Bücher und Artikel der amerikanischen Militärs, Analytiker und Kommentatoren, die die Ansicht äußerten, daß sich in einem Status des atomaren Gleichgewichts die Glaubwürdigkeit des Einsatzes

3) Aus Politik und Zeitgeschichte, a. a. O., S. 6.

4) Den Worten Mr. Achesons zufolge sagte Mr. Herter: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Präsident uns in einen großen Atomkrieg verwickeln würde, wenn nicht die Tatsachen eindeutig zeigen, daß wir selbst in Gefahr sind, vernichtet zu werden. . . .“ (Aus Politik und Zeitgeschichte, a. a. O., S. 6).

dieser Waffen unvermeidlich verringere, brauchen die Versuche europäischer Regierungen, nationale Abschreckungsstreitkräfte zu schaffen in Amerika nicht gleichgesetzt noch in Europa gerechtfertigt zu werden mit einem Mißtrauen gegenüber dem Verhalten der Vereinigten Staaten, falls es jemals zum Äußersten kommen sollte. Es ist durchaus möglich, keinen Zweifel an der Einhaltung des von den USA gegebenen Wortes zu hegen, überzeugt zu sein, daß die Anwesenheit von sechs amerikanischen Divisionen und die jetzt in Europa stationierten Kernwaffen die beste Garantie für die Sicherheit Europas darstellen, und doch zu fürchten, daß immer noch ein geringer Prozentsatz von Fällen bleibt, in denen die Verteidigung des alten und des neuen Kontinents nicht ein und dieselbe Sache wäre. Diese Feststellung wird weniger strittig erscheinen, wenn wir bedenken, daß zwischen Europa und den Vereinigten Staaten 3 000 Meilen Ozean liegen und Westeuropa auf verschiedenartigste Weise zu Lande angegriffen werden kann, die Vereinigten Staaten und Kanada aber nur durch den vollständigen Einsatz des atomaren Waffenarsenals.

#### **Es gibt ein spezifisches europäisches Sicherheitsproblem**

Der Grund, warum für Europa ein sich von dem der Vereinigten Staaten unterscheidendes Sicherheitsproblem besteht, hat nichts damit zu tun, was die Amerikaner unter bestimmten Umständen tun oder nicht tun würden oder was die Europäer denken. Es hat bedauerlicherweise damit zu tun, was die sowjetischen Führer glauben und noch auf viele Jahre hinaus glauben werden. Krieg durch Versehen oder Fehlkalkulation ist eine Möglichkeit, die in Amerika häufig diskutiert wird. Es ist daher nicht ungewöhnlich, wenn die Europäer sich über diesen Eventualfall Gedanken machen. Entweder gestehen wir den sowjetischen Führern ein unfehlbares politisches und militärisches Urteilsvermögen zu, oder wir müssen einräumen, daß sie Fehler machen können. Seit Kuba werden viele bereit sein, diese Möglichkeit in Betracht zu ziehen. Wenn die russischen Führer glauben sollten, die Amerikaner würden unter gewissen Umständen in einen Konflikt in Europa nicht eingreifen, könnte das durchaus ein Fehlurteil sein. Aber niemand im Westen würde an diesem Irrtum etwas ändern können, er würde eine Lage schaffen, die zu verhindern amerikanische Zusicherungen gegenüber

Europa und alle Warnungen der USA ex hypothesis nichts nützen würden. Eine schlagkräftige in Europa stehende Streitmacht, die nicht von einem amerikanischen Veto abhängig wäre, würde aber als Warnung dienen, daß, unabhängig davon, was von den Vereinigten Staaten zu gewärtigen wäre, noch eine weitere atomare Streitmacht da wäre, die gegen die Sowjetunion zuschlagen könnte. Wir betonen ausdrücklich, daß diese Streitmacht schlagkräftig sein muß, und werden später erklären, was das heißt. Dann, so behaupten wir, würde eine solche Streitmacht die vom Westen insgesamt ausgeübte Abschreckung verstärken und durch die Verringerung der Gefahr eines Krieges durch Fehlkalkulation unser aller Sicherheit, die Vereinigten Staaten inbegriffen, vergrößern. Die Auffassung, daß die Sicherheit des Westens unteilbar ist, wird damit nicht bestritten.

Damit völlige Klarheit herrscht, sollte vielleicht betont werden, daß diese Darstellung des europäischen Sicherheitsproblems keine Kritik an der gegenwärtigen Verteilung der Atomwaffen auf dem Kontinent bedeutet. Nichts in unserer Argumentation soll besagen, daß sie verändert werden sollte oder das größere Sicherheit erkaufte werden könnte, wenn man die jetzt auf dem Kontinent stehenden atomaren Waffen durch europäische ersetzen würde. Wir meinen auch nicht, daß etwa in Großbritannien und Frankreich hergestellte Atomwaffen ein Ersatz für konventionelle Streitkräfte sind. Man kann sagen, daß der gegenwärtige Zustand mindestens 90 Prozent unserer Sicherheitsrisiken deckt und die Aufgabe nationaler Kernwaffenstreitkräfte darin besteht, uns allen ein paar Prozent mehr zu geben. Das heißt aber, daß wir über jede ernstliche Verminderung der jetzt in Europa stehenden atomaren Streitkräfte und jede größere Verlagerung atomarer Aufgaben von SACEUR zum Strategischen Luftwaffenkommando der Vereinigten Staaten alarmiert wären.

Soviel zur Rechtfertigung nationaler Kernwaffenverbände im Hinblick auf die Abschreckung. Es gibt jedoch noch eine andere Aufgabe, die sie zu erfüllen haben. Professor Henry A. Kissinger nannte sie in einer sehr objektiven Analyse der europäischen Ansichten über diese Probleme, als er schrieb: „Sie (die nationalen Atomstreitkräfte) sind ein Mittel, um

Einfluß auf unsere (der USA) Planung zu gewinnen.“<sup>5)</sup>

Ein Beispiel aus dem letzten Krieg soll veranschaulichen, worum es hierbei geht. Im Juni 1940 lehnte es die britische Regierung ab, RAF-Jagdverbände in die Schlacht um Frankreich zu werfen, obwohl das von französischer Seite gefordert wurde und Restverbände der britischen Streitkräfte noch auf dem Kontinent kämpften. Es ist nicht undenkbar, daß in der Zukunft eine ähnliche Situation zwischen Washington einerseits und den europäischen Regierungen andererseits eintritt<sup>6)</sup>. In diesem Falle ergäbe sich die Frage, wie der Kampf um Europa zu führen wäre, ob atomare Waffen eingesetzt werden sollten, und, wenn ja, welche, und was zu tun wäre, wenn Europa vor die Wahl gestellt wäre zwischen sowjetischer Eroberung und atomarer Verwüstung. Eine gute Koordinierung der verschiedenen Kernwaffenstreitmächte sollte dazu beitragen, die Verantwortung für solche Entscheidungen nicht mehr ausschließlich einen Partner tragen zu lassen. Denn obwohl man argumentieren könnte, daß die sowjetische Zivilbevölkerung ein Geisel in den Händen der strategischen Streitkräfte der Vereinigten Staaten sei, besteht doch mehr als nur ein geringer Unterschied zwischen der Lage eines potentiellen (und daher verschonten) Geisels und der eines besetzten Landes.

Vielleicht werden diese Darlegungen beitragen, Klarheit darüber zu schaffen, daß nicht Mißtrauen dahinter steht, wenn man von einem Verteidigungs- oder Sicherheitsproblem Europas spricht, das sich von dem der Vereinigten Staaten unterscheidet. Wie schon Mr. McGeorge Bundy in seiner Kopenhagener Rede feststellte: „Das Problem der Verteidigung im nuklearen Zeitalter ist ebensosehr psychologischer wie militärischer Natur.“

---

5) „Spannungen im Bündnis“, Foreign Affairs, Januar 1963, S. 278; deutsch: Aus Politik und Zeitgeschichte, a. a. O., S. 24.

6) Es darf auch in Erinnerung gerufen werden, daß in den ersten Januartagen 1945 die deutsche Offensive General Eisenhower veranlaßte, die Räumung des Elsaß zu fordern. General de Gaulle verbot der französischen Armee aus politischen Gründen, diesem Befehl Folge zu leisten und Straßburg preiszugeben. Dadurch erreichte er, daß die ursprünglich geplante strategische Bewegung umgestoßen wurde. Dieser Vorfall ist wahrscheinlich nicht ohne Zusammenhang mit der hier diskutierten Situation und dem gesamten Problem der Integration.

## Wer befiehlt den Einsatz der multilateralen Streitmacht?

Es ist nicht klar, ob nach den Vorstellungen amerikanischer Regierungsstellen eine in Europa stationierte multilaterale Streitmacht nach der Umrüstung von Jagdbombern auf Raketen der einzige dort noch bestehende Atomwaffenverband sein soll. Bevor wir das Für und Wider einer solchen multilateralen Streitmacht erörtern, sollten wir vielleicht klar aussprechen, daß nach unserer Meinung in Europa ohne Frage Mittelstreckenraketen stationiert zu werden hätten. Es hat jedoch den Anschein, als ob amerikanische Verteidigungsstellen dafür keine dringende Notwendigkeit erblicken, da die Interkontinentalraketen in Amerika bzw. auf See diese Aufgabe ebenso gut erfüllen könnten.

Das ist ein Punkt, der im Denken vieler Europäer ein großes Fragezeichen aufkommen läßt. Da sie wissen, daß sie durch Hunderte von sowjetischen Mittelstreckenraketen bedroht werden, die ein paar hundert Meilen vom Eisernen Vorhang aufgestellt sind, fragen sie sich, wie die Gegenschläge mit Tausenden von Meilen entfernten Raketen noch rechtzeitig erfolgen können. Sie neigen ferner zu der Auffassung, je größer die Reichweite einer Rakete sei, um so größer müsse auch die Sprengwirkung sein, die der Ausgleich der abnehmenden Zielsicherheit erfordere. Und obwohl jeder atomare Krieg den Kontinent auf Jahrzehnte verheeren würde, darf dennoch dafür plädiert werden, dem Kampf mit Kilotonnenwaffen den Vorzug zu geben vor dem mit Megatonnen<sup>7)</sup>.

Mancherorts ist man auch der Auffassung, die Kubakrise habe das Eintreten für Mittelstreckenraketen in Europa in einem gewissen Grade gerechtfertigt. Da die Aufstellung der etwa 40 russischen Mittelstreckenraketen nahe dem amerikanischen Territorium als Bedrohung der Verteidigungsfähigkeit der Vereinigten Staaten betrachtet wurde, glaubt man schließen zu können, daß dies auch für die vom kommunistischen Block ausgehende Gefahr für Europa gelte. Mit einem Unterschied

---

7) Damit wird auch die Frage aufgeworfen, ob eine derartige Verlagerung die Abschreckungsposition des Westens stärkt oder schwächt und durch sie nicht die Gefahr der Entfesselung eines schrankenlosen atomaren Krieges vergrößert wird. Diese Frage, so wichtig sie auch sein mag, steht nicht im spezifischen Zusammenhang mit dem europäischen Sicherheitsproblem und wird deshalb hier nicht ausführlicher behandelt.

jedoch: während die gegen Amerika gerichtete Bedrohung etwas Neues war, würde in Europa der neue Faktor in der Aufhebung der Nahbedrohung der sowjetischen Raketen und Flugplätze liegen. Denn die Luftstreitkräfte von SACEUR sind zur Neutralisierung der Offensivmacht des potentiellen Feindes da, während die Verlagerung dieser Aufgabe auf außerhalb Europas stehende Kräfte doch offenbar genau das Gegenteil von dem russischen Versuch, Raketenbasen auf Kuba zu errichten, bewirken würde. Daher müßten, unserer Meinung nach, die jetzt den in Europa stationierten Kampfflugzeugen vorbehaltenen Aufgaben gleichermaßen in Europa stationierten Raketen übertragen werden. Wie verlangen nicht, daß für diese Raketen ein anderes System eingeführt werden soll als das im Augenblick vorhandene, das, wie wir bereits sagten, dem größten Teil der Erfordernisse der europäischen Verteidigung gerecht wird. Das einzige Neue, was wir anstreben, ist lediglich die Berücksichtigung der wenigen zusätzlichen Probleme, denen wie wir glauben, die jetzigen Vorkehrungen nicht gerecht werden.

In diesem Zusammenhang sollte die Formel der multilateralen Streitmacht alle diejenigen für sich einnehmen, denen es in Verbindung mit dem Problem der politischen Einheit Europas mehr um die politischen als die militärischen Aspekte der Verteidigung geht. Man darf sogar die Hoffnung hegen, daß die Schaffung einer multilateralen oder besser multinationalen Streitmacht dieser Einheit dienlich ist. Zugunsten dieses Planes sollte auch noch ausgeführt werden, daß er der einzige ist, der das Gebiet der atomaren Verantwortung auch jenen Nationen eröffnet, die keine eigenen atomaren Rüstungsanstrengungen unternehmen, entweder aus politischen Gründen oder weil sie der Meinung sind, daß es ihre Mittel übersteigen würde.

Es kann deshalb nicht geleugnet werden, daß ein solcher Vorschlag einige Vorzüge besitzt. Andererseits kann die Auffassung, er würde das vorhin aufgeworfene Sicherheitsproblem lösen, bezweifelt werden. Denn wenn diese Streitmacht wahrhaft multilateral ist, taucht die Frage auf, wie die Entscheidung über ihren Einsatz getroffen werden soll.

Es gibt nur zwei Antworten. Entweder entscheiden die Regierungen vorher, wann und unter welchen Umständen auf den Knopf gedrückt werden soll, oder sie behalten sich die Entscheidung bis zum letzten Augenblick vor. Im ersten Fall stößt man auf das Problem

der Delegation der Macht. Das Militär kann manchen guten technischen Grund dafür anführen, daß die Regierungen ihm unter bestimmten, genau festgelegten Umständen Vollmacht erteilen müssen, damit der Gegenschlag auf einen Angriff rechtzeitig und wirkungsvoll erfolgen kann. Doch dieser Standpunkt ist nie mit allem Nachdruck vertreten, geschweige denn akzeptiert worden. Die obersten zivilen Stellen in allen unseren Ländern glauben, daß es einzig und allein ihre Sache sei, diese Entscheidung zu treffen.

Die Alternative lautet also, daß die verbündeten Regierungen die Entscheidung in dem Augenblick treffen, in dem sie notwendig ist. Es ist das alte Problem der Vielzahl von Fingern an einem Abzug. Ohne seine Lösung dürfte der Abschreckungswert einer solchen multilateralen Streitmacht nicht sehr hoch sein. Und wenn die Kampfhandlungen erst einmal begonnen haben, kann man sich schwer vorstellen, wie die Konsultationen zwischen mehreren Hauptstädten praktisch wirklich funktionieren sollen. Ohne Zweifel hat man das erkannt, womit sich auch erklärt, warum niemand einen Lösungsvorschlag gemacht hat, obwohl sich mehrere Regierungen bereit erklärten, Vorschläge der anderen entgegenzunehmen.

Ein weiterer Aspekt des Washingtoner Vorschlages besteht darin, daß die multilaterale Streitmacht wirkungsvoll mit den amerikanischen Streitkräften integriert werden soll. Die Folgerungen, die sich aus dieser Forderung im einzelnen ergeben, sind noch nicht näher dargelegt worden. Falls sie aber bedeuten sollten, daß die Streitmacht nicht ohne Zustimmung Amerikas eingesetzt werden kann, würde damit nicht das Problem der europäischen Sicherheit gelöst werden, das nach unserem Dafürhalten durch die von den Nationen beiderseits des Ozeans eingegangenen Verpflichtungen nicht ganz abgedeckt ist. Außerdem würden die vorstehend genannten politischen Vorteile verringert. Denn bei den europäischen Besitzern der Streitmacht würde kein wirkliches Verantwortungsgefühl vorhanden sein, wenn ihr multilateraler Charakter begrenzt wäre auf die Finanzierung und das Stellen der Mannschaften und wenn Integration hieße, daß sie nicht eingesetzt werden könnte, solange nicht auch alle mit ihr integrierten Streitkräfte den Einsatzbefehl erhalten hätten. Dies ist wahrscheinlich der wichtigste Faktor, von dem abhängen wird, was aus diesem Vorschlag wird.

## Nationale Atomstreitkräfte sind nicht nutzlos

Wenn es ein für Europa spezifisches Sicherheitsproblem gibt und der Vorschlag, eine integrierte multilaterale Raketenstreitmacht zu bilden, keine vollständige Lösung bringt, bleibt zu überlegen, wie die nationalen Atomstreitkräfte Großbritanniens und Frankreichs funktionieren sollen.

Diese nationalen Streitkräfte stehen in Amerika sehr in Mißkredit. Unwirksam, nutzlos, gefährlich — das sind die Bezeichnungen, die ihnen im allgemeinen zuteil werden. Seit dem Treffen von Nassau sind diese abwertenden Ausdrücke uns vorbehalten. Der Grund dafür mag in dem Inhalt der Vereinbarungen zwischen Washington und London über die Verwirklichung des Gedankens der Integration liegen. Doch die Tatsache, daß eine Streitmacht klein ist, bedeutet noch nicht, daß sie unbedingt auch wirkungslos sein muß, wie die Kubakrise gezeigt hat. Und weil sie national ist, ist sie noch lange nicht nutzlos. Man kann schwerlich annehmen, das Washington die auf Kuba stationierten Raketen als harmlos angesehen hätte, wenn sie der Regierung Fidel Castros gehört hätten. Somit dürfte das, was Ende Oktober 1962 im Karibischen Meer geschehen ist, nicht dazu angetan sein, die britische und französische Regierung zu dem Glauben zu veranlassen, ihre atomaren Rüstungsanstrengungen seien zur absoluten Nutzlosigkeit verdammt.

Man wird natürlich zur Antwort bekommen, daß die sowjetischen Waffen auf Kuba modernste Typen waren und deshalb einen militärischen Wert besaßen, wie ihn die europäischen niemals erreichen würden. Aber gerade das ist der Punkt, wo die Diskussion auf unsicheren Boden gerät. In den Augen der Amerikaner sind die europäischen Pläne durch die dafür erforderlichen gewaltigen technischen und finanziellen Anstrengungen zum Scheitern verurteilt. Wir erklären, daß das Problem nicht darin besteht, ob die europäischen Länder eine schlagkräftige Streitmacht aufbauen können, sondern ob in Europa die Notwendigkeit einer nichtamerikanischen Abschreckung besteht. Wir geben zu, daß kampfuntüchtige Streitkräfte nutzlos sind. Aber die Notwendigkeit kampftüchtiger Streitkräfte wird dadurch nicht geringer. Und wenn schlagkräftige Streitkräfte notwendig sind, so ist dies sowohl ein amerikanisches als auch europäisches Problem.

Auf jeden Fall scheint es der Logik zu entbehren, wenn man sich über die Vor- oder

Nachteile von nationalen und von multilateralen Streitkräften streitet, bevor noch erörtert worden ist, ob sie notwendig sind. Alle Überlegungen müssen jedoch zu dem Ergebnis führen, daß jede Lösung, gleich wie sie aussieht, militärisch wirkungsvoll und für die Mehrzahl der beteiligten Regierungen politisch annehmbar sein muß.

Eine Streitmacht, die Europas Sicherheitsproblem gerecht würde, brauchte nicht groß zu sein. Sie ist weder dazu ausersehen, die Aufgaben der in den Vereinigten Staaten stationierten oder auf See und in Europa verteilten amerikanischen Waffen zu übernehmen, noch soll sie der sowjetischen Streitmacht ebenbürtig sein. Ihr Zweck soll der sein, kundzutun, daß in Europa kein Krieg ohne das Risiko begonnen werden kann, daß entweder die amerikanische oder die europäische Streitmacht, die, wenn auch von begrenzter Stärke, dennoch untragbare Zerstörungen anrichten könnte, auf den Plan treten. Drücken wir es noch deutlicher aus: Wenn die europäischen atomaren Waffen (gleichgültig, ob national oder multilateral) unabhängig eingesetzt werden können und so wirkungsvoll sind, daß sie einen Schaden anrichten können, der für die Sowjetunion ein ernstes Handikap in ihrer großen Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten bedeuten würde, dann würde das in ihnen liegende zusätzliche Risiko unser Problem lösen. Als militärisches Instrument ist ihr Wert nur relativ und abhängig von der Auseinandersetzung zwischen den beiden Superstaaten auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet. Doch wir nehmen an, daß diese Rivalität andauern und für die Sowjetunion der überragende politische Faktor bleiben wird.

Sollte einem der beiden ein Durchbruch auf technischem Gebiet gelingen und er eine eindeutige militärische Vormachtstellung erlangen, dann würden die Streitkräfte, von denen hier die Rede ist, selbstverständlich keinen Nutzen mehr besitzen und nicht mehr notwendig sein. Doch in diesem Fall würde sich das gesamte Gefüge der gegenwärtigen internationalen Beziehungen ändern und die ganze Sicherheit des Westens so oder so einen grundlegenden Wandel erfahren. Solange die augenblickliche Situation andauert, gehen wir davon aus, daß die Sowjetunion weiterhin versuchen wird, die Vereinigten Staaten nach 1970 auf wirtschaftlichem Gebiet einzuholen, daß sie darauf aus ist, das Weltraumrennen zu gewinnen, und daß sie den Entwicklungsländern eine gewisse Hilfe



angedeihen lassen muß. Rein militärisch gesehen dürfte die in Europa stehende nicht-amerikanische Streitmacht sich winzig ausnehmen. Wenn sie aber die Erreichung dieser sowjetischen Ziele möglicherweise verzögern oder vereiteln kann, dann ist sie nicht zu verachten. Darum stärkt sie die Abschreckungsmacht Europas und der ganzen Allianz. Aus den Aufgaben, die eine solche Streitmacht zu erfüllen hat, ergeben sich bestimmte Konsequenzen. Erstens muß sie eine strategische Einsatzfähigkeit besitzen. Die Stationierung taktischer atomarer Streitkräfte in Europa ist eine offensichtliche Notwendigkeit, aber sie löst nicht das hier erörterte Problem. Auch ein Waffensystem, das ganz auf die Strategie der Gegenstreitmacht ausgerichtet ist, tut das nicht. Ein natürlicher Einwand gegen die Konzeption einer Streitmacht beschränkter Größe mit strategischer Einsatzfähigkeit ist der, daß durch sie eine zusätzliche Gefahr der Auslösung eines schrankenlosen atomaren Krieges geschaffen wird. Aber es ist nicht zu erkennen, wie bei einer so beschränkten Streitmacht jemand in Europa darauf brennen sollte, den Abzug zu betätigen, wo die Vergeltung doch vernichtend wäre. Der Besitz von Atomwaffen muß nicht unbedingt einen Gefallen am Selbstmord erzeugen.

Wie richtig diese Überlegung ist, zeigt die Tatsache, daß einige Verfasser sie als Argument gegen nationale Abschreckungswaffen bemühen. Sie sagen, von dem kleineren Land sei der Einsatz von Kernwaffen nicht glaubhaft zu erwarten, da es die völlige Vernichtung riskieren, dem größeren Land aber nur begrenzten Schaden zufügen würde. Eine solche Argumentation kann sehr gefährliche Folgen haben. Denn sie kann bedeuten, daß die Drohung mit dem Einsatz dieser Waffen nur dann ernst genommen wird, wenn das eigene Volk dabei nicht gefährdet ist. Das bedeutet Wasser auf die Mühlen derjenigen, die behaupten, daß im Zustande des atomaren Patts ein großes Land ein kleineres nicht schützen oder verteidigen könne. Und es würde zu einer makabren Rechnung zwingen, nach der ein Atomkrieg bis zu einer bestimmten Millionenzahl von zu erwartenden Toten hingenommen werden könnte, darüber aber nicht mehr. Diese Risiken eines atomaren Krieges werden immer furchtbar sein. Wenn man will, daß sowohl Freunde als auch Feinde glauben sollen, daß man diese Risiken eingeht, darf man nicht die Entschlossenheit der anderen dazu bezweifeln.

Ein anderes Argument, das man bisweilen hört, lautet, wenn Europa strategisch einsatz-

fähige Waffen besitze, würde oder könnte dadurch ein Präventivschlag der Sowjets heraufgefordert werden. Verständlicherweise wird es von Franzosen und Engländern vorgebracht, die Gegner der Kernwaffenpolitik ihres Landes sind. Jeder andere würde in einem solchen Schlag der Sowjetunion einen vorsätzlichen Aggressionsakt sehen, den die Verpflichtungen der Vereinigten Staaten gegenüber ihren Verbündeten verhindern würden.

Eine weitere Konsequenz ist die, daß zwar der tatsächliche Einsatz der nationalen Atomstreitkräfte mit dem der anderen Atomstreitkräfte der Allianz koordiniert werden könnte und in den meisten Fällen auch koordiniert werden würde, die angestrebte zusätzliche Abschreckung aber nur dann gewährleistet ist, wenn sie nicht mit denen der Vereinigten Staaten integriert sind, d. h. wenn die Entscheidung über ihren Einsatz nicht von der Zustimmung Washingtons abhängt. Mit anderen Worten: der potentielle Angreifer soll wissen, daß die Europäer in den Fällen, in denen er die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten zum Einsatz ihrer Kernwaffen unter Umständen falsch einschätzt, immer noch die eigenen (nationalen oder multilateralen) Atomwaffen einsetzen können und zwar auch für strategische Aufgaben.

Es versteht sich von selbst, daß in allen anderen Fällen sämtliche atomaren Streitkräfte auf Grund von Plänen eingesetzt werden würden, die, wie bereits gesagt, im voraus zu erörtern und zu vereinbaren wären. So brauchte kein Konflikt zwischen zwei Strategien befürchtet werden. Die europäischen Streitkräfte (die nationalen wie auch die multilateralen, sofern sie von den Vereinigten Staaten unabhängig sind) würden hauptsächlich dazu bestimmt sein, die Aufgabe der zusätzlichen Abschreckung, wie sie von uns geschildert worden ist, zu erfüllen.

Wenn die Abschreckung ihre Wirkung verfehlt und ein Angriff auf Europa stattfindet, ergäbe sich die Frage, ob der Angreifer mit der Annahme, daß die US-Streitkräfte nicht eingesetzt werden würden, recht hatte. Wenn er unrecht hatte, würden die Verteidigungspläne der Verbündeten zur Ausführung kommen, in denen auch den nationalen Streitkräften ihre Aufgabe zugewiesen ist. Wenn er recht hätte, hieße das, daß die Atomwaffen der Amerikaner nicht eingesetzt werden würden. In keinem dieser beiden Fälle sehen wir eine Möglichkeit, daß die nicht integrierten

Atomstreikkräfte eine Zersplitterung der strategischen Operationen des Westens herbeiführen könnten. Allerdings wurde uns bisweilen schon gesagt, daß wir die verwirrenden Schwierigkeiten, die der Anwendung von Atomwaffen innewohnen, nicht verstünden. Das mag sein, wahrscheinlich jedoch nicht durch unsere Schuld. Es wird aber weniger unser Wissen angezweifelt, als vielmehr unser Urteilsvermögen. Denn es ist unser Selbsterhaltungsinstinkt, den man in Frage stellt, wenn von Kritikern erklärt wird, daß wir möglicherweise vereinbarte Pläne außer acht lassen und gerade in dem Augenblick, in dem sie in die Tat umgesetzt werden sollten, wie dumme Jungen ein paar Atombomben durch die Gegend werfen.

### **Die Lösungen von morgen vorbereiten**

Unter den gegenwärtigen Umständen ist schwerlich zu erwarten, daß die Auffassungen über diese Probleme auf einen Nenner gebracht werden können. Die Mißverständnisse haben einen Punkt erreicht, an dem man die Motive zu beargwöhnen beginnt. Je weniger man über die jüngsten Entwicklungen sagt, um so besser ist es daher wahrscheinlich. Wenn wir aber die gegenwärtigen Schwierigkeiten einmal vergessen und in die Zukunft zu schauen versuchen, dann brauchen wir nicht allzu schwarz zu sehen — d. h. wenn wir von der Annahme ausgehen, daß der Fortschritt Europas in Richtung auf die Vereinigung noch

unser gemeinsames Ziel ist. Denn es wäre unrealistisch zu glauben, daß die europäischen Nationen (ob nun die sechs von heute oder mehr) ihre Volkswirtschaften zusammenschließen und auf politischem Gebiet enger zusammenarbeiten, die Verteidigungsfragen aber völlig beiseite lassen werden.

Niemand weiß, wie sich die Dinge in Europa bis zu der Zeit, in der die Verpflichtungen des Atlantischen Bündnisses der erneuten Bestätigung bedürfen, entwickeln werden. Vielleicht wird die politische Einigung dann soweit gediehen sein, daß sich die Regierung eines europäischen Staatenbundes oder sogar eines Bundesstaates mit den Fragen der Verteidigung zu befassen hat. In diesem Fall wäre das Problem der vielen Finger am Abzug gelöst. Jede etwa geschaffene multilaterale Streitmacht würde sich unschwer in eine solche Konstellation einfügen. Vielleicht werden die Dinge auch nicht soweit vorgeschritten sein. Dann werden nationale Streitkräfte nach wie vor einen positiven Beitrag zur Sicherheit des Westens als Ganzes darstellen.

Diese Fragen müssen unvermeidlicherweise unbeantwortet bleiben. Das Beste, was wir zu tun vermögen, ist, die Verteidigungsprobleme unserer eigenen Zeit so zu ordnen, daß damit die Lösung von morgen vorbereitet oder wenigstens offengelassen wird. Und vielleicht sind wir trotz aller Meinungsverschiedenheiten dabei, eben das zu tun.

# Die Vorgeschichte der russischen Revolution als Einführung in das politische System der Sowjetunion

## Unterrichtsmodell für einen Lehrgang der Politischen Weltkunde

Das Wort Modell ist in seinem bescheidensten Sinn zu nehmen, nämlich als ein möglicher Entwurf unter vielen, nicht als Muster oder Vorbild, sondern als Hinweis, wie man gerade diesen Gegenstand behandeln könnte. Wenn ein Unterrichtsentwurf glaubwürdig sein soll, müssen Erfahrungen in ihn eingegangen sein, keine zufälligen, sondern in der theoretischen Besinnung gleichsam gefilterte Erfahrungen. Aber der Entwerfende muß auch die Freiheit haben, einen Idealplan zu entwickeln, eine Utopie, von der man hoffen kann, daß sie wirksam wird, auch wenn sie sich nicht verwirklicht. In diesem Schwebestand zwischen sorgfältig geprüfter Erfahrung und begründeter Utopie muß sich ein Modell für den Geschichtsunterricht halten, sonst wird es Anweisung und Rezept und lähmt die Phantasie.

Wir gehen davon aus, daß das Thema für ein Tertial lautet: „Die Sowjetunion, ihre Geschichte, ihr System, ihre politische Zukunftsplanung“. Gefragt wird dann nach ihren Ursprüngen und historischen Bedingungen, nach ihrer politisch-gesellschaftlichen Struktur und nach der Theorie, mit der sie sich selbst begründet und die Zukunft der Welt entwirft. Wenn man mit fünf Tertialen in U I/O I rechnet, so scheint der Zeitraum dem Thema angemessen. Der hier skizzierte Unterrichtsgang ist als eine Einführung gedacht, er soll lediglich den Grund legen für das Verständnis des Ganzen. Dabei liegt der Akzent auf der Geschichte, aber Struktur und Theorie bleiben stets im Blickfeld.

Ein Unterrichtsmodell kann nicht den Stoff darstellen, auch nicht in der äußersten Verkürzung. Es geht vielmehr um die Fragen, sie geben die Richtung an, sie bilden die Achsen, sie holen die Antworten herein, sie streifen wie Scheinwerfer das Gelände ab. Mit den Fragen läßt sich eine Art Koordinatensystem entwerfen, einige Fächer darin möchte ich anschaulich und detailliert ausfüllen, andere mit ihrem Inhalt nur andeuten; man wird auch

feststellen, daß manche Fächer leer bleiben. Es ist die Kürze der Zeit — und die Freiheit des Lehrers. In der Methode der Befragung liegt dann das Exemplarische, nicht im Gegenstand, der in der Geschichte immer nur sich selbst repräsentiert.

Es geht also darum, den Ansatz zu finden, die Methodiker nennen es den „Einstieg“. Er hat immer etwas Beliebiges, persönliche, unverbindliche Erfahrungen sprechen mit. Ein Lehrer bedient sich nicht gern der „Einstiege“, die er nicht selbst gefunden hat. Aber es gibt Maßstäbe für seine Brauchbarkeit: es muß sich um eine Situation, einen Vorgang, einen Tatsachenkomplex, einen historischen Moment handeln, von dem viele Fragen ausgehen, ein Gelenk gleichsam, von dem sich die Masse geschichtlichen Stoffes in Bewegung setzen läßt, in geordnete Bewegung. Es liegt nahe, hier das Jahr 1917 zu wählen, das Entscheidungsjahr, das unsere politische Gegenwart, die Ordnung und Unordnung unserer Welt bestimmt. Wir sind vom Zwang eines zweiten Durchgangs durch die Geschichte befreit — das ist viel, man muß es nur nutzen! — vom Zwang der chronologischen Anordnung also. Die Gegenstände ordnen sich anders, wenn sie mit den Kategorien der Gegenwartsdeutung erfaßt werden, auch wenn wir im strengen Sinne geschichtlich denken — wir wollen sehen, wie.

Es liegt ferner nahe, aus dem Epochenjahr 1917 einen Vorgang herauszugreifen, der konkretanschaulich, bedeutsam und beziehungsreich ist, zugleich Ergebnis einer früheren und Keim einer künftigen Entwicklung. Die Einzelheiten lassen sich transparent machen, so daß eine Analyse der Situation möglich ist. Die Quellen sind zugänglich und verständlich; zur Beant-

---

Mit dem Abdruck dieses Aufsatzes wird die Veröffentlichung der Vorträge abgeschlossen, die auf der von der Bundeszentrale für Heimatdienst in der Akademie für politische Bildung, Tutzing/Obb. veranstalteten Tagung gehalten worden sind (s. auch „Aus Politik und Zeitgeschichte“ B 46/62 und B 6/63).

wortung der Fragen müssen den Schülern ein paar Bücher bereitstehen, einige Kapitel daraus genügen für die erste Information<sup>1)</sup>).

### Die Ausgangssituation

Es handelt sich um Lenins Ankunft auf dem Finnischen Bahnhof in Petersburg am Abend des 3. April 1917, um seine sofort gehaltene Ansprache an die Soldaten, Matrosen und Arbeiter und um die „Aprilthesen“, die er am folgenden Tage einer Parteikonferenz vorträgt. Die Szene in Petersburg ist häufig geschildert worden. Das Sowjet-Komitee hatte einige tausend Arbeiter und Soldaten für den festlichen Empfang mobilisiert. Im „Zarenzimmer“ des Bahnhofs erwartet ihn eine Delegation des Petersburger Sowjets, und ihr Vorsitzender Tscheidse, vor dem Lenin „wie vor einem völlig unerwarteten Hindernis“ stehenbleibt, hält die Begrüßungsansprache, verdrießlich dreinschauend und in beherrschendem Ton: „Genosse Lenin, im Namen des Petersburger Sowjets und der ganzen Revolution begrüßen wir Sie in Rußland . . . Wir sind der Meinung, daß die Hauptaufgabe der revolutionären Demokratie jetzt in der Verteidigung unserer Revolution gegen alle Anschläge, von innen wie von außen, besteht. Wir glauben, daß dieses Ziel nicht Zwietracht, sondern den Zusammenschluß der demokratischen Reihen verlangt. Wir hoffen, daß Sie gemeinsam mit uns diese Ziele verfolgen werden.“

Der Berichterstatter — der Abschnitt ist den Aufzeichnungen des parteilosen, außenstehenden N. Suchanov entnommen — erzählt weiter: „Lenin stand da, als ob das, was hier um ihn geschehe, nicht das Geringste mit seiner Person zu tun hätte. Dann wandte er sich von der Begrüßungsdelegation völlig ab und sagte: Teure Genossen, Soldaten, Matrosen und Arbeiter! Ich bin glücklich, in Euch die siegreiche russische Revolution, die Avantgarde der proletarischen Weltarmee zu begrüßen . . . Der räuberische imperialistische Krieg bedeu-

tet den Beginn des Bürgerkriegs in ganz Europa . . . Die Morgenröte der weltweiten sozialistischen Revolution hat schon begonnen . . . Die russische Revolution, von Euch vollbracht, hat eine neue Epoche eingeleitet. Es lebe die sozialistische Weltrevolution!“

Man muß die Situation in Petersburg nach den Februartagen, also nach dem Zusammentritt der Provisorischen Regierung, der spontanen Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten und nach der Abdankung des Zaren genau kennen, die Machtverhältnisse also, aber auch die psychologische Stimmung der neugebildeten Organe und der Massen, den Stolz auf die „unblutige, die strahlende Revolution“, die Hochstimmung, die Erwartung, um ermessen zu können, was es bedeutet, daß Lenin *nicht* den vollzogenen Umsturz hochleben läßt, sondern die kommende sozialistische Weltrevolution. Was bedeutet die Abwendung von dem menschewistischen Vorsitzenden des Petersburger Sowjets und die unerwartete Ansprache an die Massen noch am gleichen Abend? Es gibt da zuerst eine Reihe von Fragen, die die momentane Situation erhellen, etwa diese:

Was erwartete man im April 1917 von Lenin — oder was fürchtete man? Lenin war von seinem Exil in Zürich mit Erlaubnis Bethmann-Hollwegs und der OHL durch Deutschland gereist, auf Grund eines sonderbaren Vertrages, den die deutsche Regierung mit der Redaktion einer Emigranten-Zeitung über die Exterritorialität eines Eisenbahnwagens abgeschlossen hatte. Daß man von seiner Propaganda die weitere Zersetzung der russischen Front erhoffte, die Entlastung im Osten also, war nach der Kriegserklärung der USA verständlich. Lenin benutzte diese Bereitschaft, allerdings für ein weiter gestecktes Ziel. Zwei entgegengesetzte politische Pläne kreuzten sich damals in einem Punkt, sagt Trotzki in seinen Lebenserinnerungen, dieser Punkt war ein plombierter Wagen. (Man könnte nun nach den Alliierten fragen, die mit Trotzki's Heimreise von Amerika vor eine ähnliche Frage gestellt waren, ihn erst einsperrten und ihn wohl auf Grund einer Interpellation der Provisorischen Regierung dann doch reisen lassen.)

Was erwartete oder fürchtete man in Rußland von ihm? Hier war faktisch die Staatsgewalt geteilt zwischen der bürgerlich-liberalen Provisorischen Regierung und dem Petersburger Sowjet, einem spontan geschaffenen Parlament auf Grund wilder Wahlen in den Betrieben und den Regimentern, das mit seinem

1) Hier ist gedacht an: Valentin Giterman, Geschichte Rußlands, III. B., Hamburg 1949.

Georg von Rauch, Geschichte des bolschewistischen Rußland, Wiesbaden 1955.

Erwin Hölzle, Lenin 1917, Janus-Bücher, München 1957

Leo Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, S. Fischer Verlag 1960

Fedor Stepun, Das Antlitz Rußlands und das Gesicht der Revolution München 1961.

Quellenhefte des Klett-Verlags: Bauernnot in Rußland und bolschewistische Revolution, hrsg. von B. Krapp, und Die russische Revolution 1905—1921, hrsg. von O. Anweiler

Exekutivkomitee eine Art Nebenregierung darstellte; sie überwachte die Maßnahmen des liberalen Kabinetts unter dem Fürsten Lwow. Kerenski gehörte ihm als einziger Vertreter der sozialrevolutionären Gruppen an.

Das politische Programm der Provisorischen Regierung war zunächst die Fortführung des Krieges an der Seite der Alliierten, auf deren wirtschaftliche und finanzielle Hilfe man angewiesen war, später eine Bodenreform auf Grund der Beschlüsse einer noch zu bildenden Konstituante, im ganzen eine parlamentarische Demokratie nach westlichem Vorbild. Lenin, der seit zehn Jahren in der Emigration war, und die kleine Gruppe seiner bolschewistischen Anhänger wurden hier nicht sehr ernst genommen.

In den Sowjets hatten die Sozialrevolutionäre (die politischen Nachfahren der Narodniki — wer sind sie?) die Mehrheit. Lenin hatte sie in seinen Schriften erbittert bekämpft. Dann waren da die Menschewiki, strenge, rechtsstehende Marxisten, und die bolschewistischen Sozialisten, bei denen es einen rechten und einen linken Flügel gab — das Bild ist verwirrend genug. Fedor Stepun schildert in seinen Erinnerungen das revolutionäre Parteienchaos nach der ersten Phase der Revolution sehr eindringlich, das Kapitel wäre zu lesen <sup>2)</sup>.

In der entscheidenden Frage: Weiterführung des Krieges oder nicht? schwankte die Mehrheit der Sowjets. In der Agrarfrage war sie entschiedener als die Provisorische Regierung, scheute aber den Bruch mit ihr. Warum wünschte sie ein vorläufiges Zusammengehen mit den Konstitutionellen und Demokraten, den sogenannten Kadetten? Hier muß man die Theorie kennen, die Prognose! Das marxistische Dogma von den Entwicklungsphasen und von der Notwendigkeit einer bürgerlichen Revolution hemmte den revolutionären Elan. (Die genaue Kenntnis des Kommunistischen Manifestes wird hier vorausgesetzt.) Was die Führung des Petersburger Sowjets von Lenin erwartete, hat Tscheidse in seiner Begrüßung ausgesprochen.

Aber gab es die „revolutionäre Masse“, die über den Erfolg der Februarrevolution hinausdrängte zur kommunistischen Weltrevolution? Trotzki beweist, daß es sie gab, Lenin setzt ihre Existenz voraus, denn er spricht sie gleich bei seiner Ankunft an. Die Frage muß für uns vorläufig offenbleiben — wir, d. h. wir im

2) Stepun, a.a.O., Ausbruch und Sieg der Februarrevolution, S. 282 f.

Klassenzimmer, wissen einfach zu wenig! — die Frage, ob es sie wirklich schon gab oder ob sie im Laufe des Sommers 1917 erst entstand und wer sie ins Leben gerufen hat. Man muß sich hüten vor der billigen Erklärung: Propaganda! Es ist eine Kernfrage der revolutionären Theorie sowohl wie der historischen Wirklichkeit.

Und nun Lenins Antwort auf die Situation, die er Anfang April in Rußland vorfand: Es sind die „Aprilthesen“, die eine Entscheidung enthalten, die unsere politische Gegenwart bestimmt, weil sie verwirklicht worden sind. Er proklamierte sie am Tag nach seiner Ankunft, brachte also die Analyse der revolutionären Situation fertig mit, nach zehnjähriger Emigrantenexistenz und auf Grund ganz unzureichender Informationen durch die Zürcher Presse! Er hatte sie schon in den „Briefen aus der Ferne“ formuliert <sup>3)</sup>.

Wir fragen uns: gab es Vorübungen für solche Analysen, etwa am Modell, am Anschauungsmuster? Gab es Proben und Generalproben für die revolutionäre Entscheidung der verantwortlichen Intelligenz? Der unmittelbare Willensakt und die Perfektion seiner theoretischen Begründung lassen darauf schließen: die Generalprobe war die Revolution von 1905. Man müßte sie genau kennen, um die Vorgänge und die Motive der Handelnden im Jahre 1917 zu verstehen.

Die Aprilthesen lauteten kurz zusammengefaßt: Keine Unterstützung der Provisorischen Regierung (d. h. Kampfansage dem bürgerlichen Kabinett),

kein Zugeständnis an die sogenannten „Vaterlandsverteidiger“ (d. h. den Krieg auf jeden Fall beendigen, um die Hände frei zu haben für den unvermeidlichen Bürgerkrieg),

Beschlagnahme des Grundbesitzes und Aufteilung unter die Bauern mit Hilfe der örtlichen Sowjets,

Kontrolle der Arbeiter über Produktion und Verteilung der Güter.

Wie ungeheuerlich diese Vereinfachung aller Probleme in der Krisensituation des Frühjahres 1917 war, läßt sich erst verstehen, wenn man die Lage Rußlands außen- und innenpolitisch genau analysiert hat. Eine Ahnung davon gewinnt man aus der Wirkung Lenins auf seine Freunde und Feinde. Allen erscheint er als Phantast, der nach zehnjähriger Abwesenheit die russischen Verhältnisse nicht mehr kenne, er habe den Marxis-

3) Text bei Hölzle, a.a.O., S. 19 ff.

mus verraten, der wilde Zerstörer Bakunin sei in ihm auferstanden. Im Allrussischen Sowjet, der im Juni in Moskau tagt, macht seine Rede auf alle den Eindruck einer „großartigen Abstrusität“ 4).

An dieser Stelle müßte man die Ereignisse des Sommers 1917 im Vorblick überschauen: Die gescheiterte Kerenski-Offensive, die Bauernrevolution, die Juli-Krise, den Kornilow-Putsch, zuletzt die Oktober-Revolution, die im wesentlichen so ablief, wie Lenin und Trotzki sie entworfen hatten — im Vorblick, eigentlich nur, um den Fragen das nötige Gewicht zu geben, die nunmehr zu stellen sind.

Die Konzeption dieses Entwurfs ist folgende: Wir sind von einer Entscheidungssituation ausgegangen und haben an einer Quelleninterpretation erfahren, welche Faktenzusammenhänge zu ihrer Deutung herangezogen werden müssen. Dabei ist die Frage nach der russischen Gesellschaft noch unbeantwortet geblieben, aus guten Gründen. Die Begriffe müssen nämlich erst mit konkreten Vorstellungen gefüllt sein, und dazu brauchen wir die Historie. Wir haben das Ergebnis der Oktoberrevolution skizziert und kommen später zu dem Jahr 1917 zurück, das über die Zukunft Rußlands entscheidet.

Vorerst fragen wir: Warum war die liberale Demokratie der Kerenski-Regierung nicht lebensfähig? Nur, weil es ihren Führern an Energie und Einsicht in die ökonomische und soziale Situation Rußlands fehlte? Gab es schon eine liberale Tradition in Rußland, ein politisch bewußtes Bürgertum? Oder hat Lenins Eingreifen die Ansätze zu sozialen Reformen, eine beginnende Stabilisierung der demokratischen russischen Republik verhindert? Trotzki stellt selber die Frage: welche Entwicklung würde die Revolution genommen haben, wenn Lenin im April 1917 Rußland nicht erreicht hätte? Es gibt da die Kette von Zufällen, daß es ihm gelang — er selber hatte allen Ernstes damit gerechnet, daß ihn die neuen Machthaber in die Peter-Pauls-Festung bringen würden. Trotzki gibt eine bemerkenswerte Antwort, sie ist streng marxistisch: der einzelne kann nicht Schöpfer eines revolutionären Prozesses sein, die Diktatur des Proletariats hätte sich aus der ganzen Situation von selber ergeben. Aber Lenin war ein großes Glied in der Kette: die Diktatur war nicht möglich ohne die Partei (die Elite, die Berufsrevolutionäre), diese Partei mußte ihre Mission erst

erkennen, dazu war Lenin notwendig, Lenin, der keine Zufallserscheinung, sondern „Produkt der gesamten russischen Geschichte“ ist 5).

### Der Weg in die Geschichte

Ich habe mit diesem Fragenbündel zeigen wollen, daß uns jeder Versuch zum Verständnis des Schicksalsjahres 1917 in die russische Vergangenheit zurückweist. Der gängige Geschichtsunterricht wahrt diese Kontinuität nicht. Wenn wir nach den Ursachen und Bedingungen der französischen Revolution forschen, greifen wir weit in die Geschichte des monarchischen Systems in Frankreich zurück und erkennen in den Staatstheorien der Aufklärung von Locke bis Rousseau das ideologische Fundament der großen Umwälzung. Für die Ereignisse von 1917 fehlt diese Verwurzelung in der russischen Geschichte, sie fehlt, meine ich, in dem Geschichtsbild, das die Schule vermittelt. Aber zurück zu der Gesamtkonzeption. Wenn man, wie hier vorgeschlagen wird, von den Ereignissen des Jahres 1917 ausgeht, deren Gegenwartsbedeutung nicht begründet werden muß, steht das russische 19. Jahrhundert unter einem anderen Aspekt. Es geht dabei aber auch um einen pädagogischen Vorteil, ganz einfach um die Fragehaltung der Geschichte gegenüber, die ja keineswegs selbstverständlich ist. Allen didaktischen Überlegungen muß die Unterrichtssituation gegenwärtig sein, sie greifen sonst ins Leere. Man kann sie nicht festlegen — obwohl das in Erfahrungsberichten und Rat schlägen aus der Schulpraxis ständig, aber mit wenig Nutzen versucht wird — man kann sie nur allgemein charakterisieren als das dialogische Verhältnis zum Gegenstand. Schon in der Wahrnehmung des Erstaunlichen steckt es, Verwunderung ist ein unartikulierter Fragezustand, ein Grundgefühl von „wie war es möglich“? Nur in diesem Medium können Einsichten gewonnen werden.

Wie war es möglich, daß der Umsturz der Gesellschaftsordnung in Rußland so spät kam? Seit 60 bis 70 Jahren waren alle nur denkbaren Modelle entworfen! Warum gelang er 1917, aber anders als die meisten ihn wollten oder voraussahen? Gab es eine revolutionäre Tradition, und wer waren ihre Träger? Es gibt viele Fragen dieser Art. Wir brauchen die Geschichte.

Es gibt da mehrere Möglichkeiten: man kann, von der Analyse einer politischen Situation

4) Stepun, a a.O., S. 312.

5) Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, S. 262 f.

ausgehend, nach den Motiven der Handelnden fragen und wird zu der ideologischen Linie geführt, die auf Marx, aber auch auf russische Revolutionstheoretiker zurückgeht. Man kann in der Schule auch die Biographien von Lenin und Trotzki hinzunehmen, ihre Erfahrungen in Rußland, in Sibirien, das Leben in der Emigration, die Studien, Pläne, Entwürfe, im ganzen also die Existenz des Berufsrevolutionärs und ein großes Stück Parteigeschichte.

Aber man sollte auch weiter zurückgreifen, auf Peter den Großen, Katharina, Pugatschovs Bauernaufstand, Alexander I. und die Berührung mit dem Westen. Im Zusammenhang muß das 19. Jahrhundert behandelt werden, das große Jahrhundert für die russische Geschichte, das hier dieselbe Bedeutung hat wie die Renaissance für Italien, das 16. Jahrhundert für Spanien, das 17. und 18. Jahrhundert für Frankreich. Unsere Geschichtsbücher sehen es unter dem westeuropäischen Aspekt und schneiden es bei Gelegenheit an: bei der Heiligen Allianz, beim Krimkrieg, bei Bismarcks Bündnispolitik, beim ersten Weltkrieg. Aber so entsteht kein Bild. Es wird auch eine Schicht der russischen Wirklichkeit kaum angerührt, die für das Verständnis der neueren russischen Geschichte unentbehrlich ist: es ist der fast hundertjährige Kampf der russischen Intelligenz gegen die Autokratie und für die Angliederung an das freie Europa. Der Kulturphilosoph Weidlé sagt von dem russischen Geschichtsbewußtsein dieses Jahrhunderts, daß es keinen unbedrohten Augenblick, keinen Augenblick des Gleichgewichts, gegeben habe, in dem nicht die Erinnerung an die Revolution Peters des Großen und das Vorausahnen der kommenden Revolution lebendig gewesen sei<sup>6)</sup>.

### Die revolutionäre Intelligenz in Rußland

Es gab im Rußland des 19. Jahrhunderts zwei Grundüberzeugungen: die offizielle, vom Zarentum und die Bürokratie vertretene, daß Rußland das Bollwerk gegen Umsturz und Anarchie sei, und die inoffizielle der russischen Intelligenz, daß es die historische Mission des russischen Volkes sei, der Welt die künftige gerechte Gesellschaftsordnung zu schenken. Die erste hatte Geltung in den europäischen Kabinetten, die zweite wurde in Europa nur durch die große russische Literatur bekannt, allenfalls durch Emigrantenkreise, deren poli-

tischen Einfluß man aber nicht hoch einschätzte.

Wir fragen jetzt nach der Entstehung der „Intelligentsia“, dieser eigentümlichen geistigen Gemeinschaft, die sich über alle Standesschranken hinweg gebildet hatte und für die es kein vergleichbares soziologisches Modell im übrigen Europa gab. Es sind da die folgenden historischen Ursachen zu nennen: die kühnen und alsbald enttäuschten Hoffnungen einer jungen Generation, die unter Alexander I. im Krieg gegen Napoleon die westeuropäische Staatsidee kennengelernt hatte, die Erbitterung nach der Unterdrückung des Dekabristenaufstandes von 1825, der sich nun als das Fanal einer Freiheitsbewegung — gewaltig überschätzt — in das Bewußtsein eingräbt, der Druck des zaristischen Systems unter Nikolaus I., die Verzögerung allen Fortschritts, die erzwungene Passivität, weil es keinen Raum gab für staatsbürgerliche Betätigung und sozialpolitische Initiative, und das in weiten Kreisen des gebildeten Adels verbreitete Schuldgefühl wegen der Leibeigenschaft, deren Nutznießer man war und die doch das humane Bewußtsein beleidigte. In den Erinnerungen von Tolstoi, Dostojewski, Krapotkin, in Gogols und Turgenjews Romanen ist das nachzulesen, wie überhaupt die russische Literatur eine sozialgeschichtliche Quelle von hoher Bedeutung ist.

Der Begriff „Intelligentsia“ bezeichnete in Rußland nicht so sehr große oder spezielle Bildung, sondern eine bestimmte Gesinnung<sup>7)</sup>. Sie umfaßt verschiedene Inhalte im Laufe der Zeit, richtet sich aber immer auf das eine Ziel: den Sturz der Autokratie und die Errichtung einer neuen Sozialordnung. Seit 1830, also seit man anfängt, Hegel zu lesen, die französischen Utopisten zu studieren, seit man die Juli-Revolution erlebt hat — dies alles viel intensiver als im biedermeierlichen Deutschland —, baut man ideologische Systeme auf, die Rußlands künftige Mission betreffen. „Der Sozialismus war im 19. Jahrhundert das herrschende Glaubensbekenntnis des größten Teils der russischen Intelligenz, durch das alle sittlichen Werturteile bestimmt waren“, sagt Berdjajew in einer Untersuchung über die Wahrheit und Lüge des Kommunismus<sup>8)</sup>.

6) Wladimir Weidlé, Rußland, Weg und Abweg. Stuttgart 1956, S. 54.

7) Vgl. hierzu Giterman, III. Bd. 5. Kap. und F. Stepun, Die russische Intelligenz und der Bolschewismus. In: Der Bolschewismus. hrsg. vom Studentenwerk, München 1956.

8) N. Berdjajew, Wahrheit und Lüge des Kommunismus, Baden-Baden 1957. S. 56.

Seit der Begegnung mit dem Westen, also eigentlich seit Peter dem Großen, aber erneut seit Alexander I. und dem Studium der deutschen und französischen Philosophie war den gebildeten Russen die „Zurückgebliebenheit“ Rußlands zum Bewußtsein gekommen. Sie steht immer im Mittelpunkt der Diskussion. Aber um die Mitte des 19. Jahrhunderts studiert man auch die kapitalistische Wirtschaftsform des Westens, die Arbeiterfrage, die mißglückten Revolutionen — und die Frage rückt in den Mittelpunkt: Ist der Westen immer noch ein Vorbild für das verspätete Rußland? Muß die russische Nation, wenn sich im Westen Verfall und Untergang ankündigen, nicht ihren eigenen Weg zu einer gerechten Sozialordnung gehen, kann sie den Kapitalismus überspringen und das Ziel direkt erreichen? Bietet die russische Agrarverfassung, die Dorfgemeinde (der Mir), nicht alle Voraussetzungen für eine auf kollektivem Eigentum beruhende Ordnung? St. Simon und Proudhon vorweggenommen im altehrwürdigen, ur-slavischen Gemeineigentum des russischen Dorfes<sup>9)</sup>!

Wir sind hier bei dem Gespräch zwischen den Westlern und den Slavophilen, den Rationalisten und den Romantikern, und haben es auf die kürzeste Formel gebracht, auf ein Grundmuster, das noch in den sozialistischen Parteispaltungen von 1917 erkennbar ist. Solche Grundmuster klar herauszustellen, ist für das geschichtliche und politische Verständnis sehr wichtig. Die logische Folgerung lautet: wenn Rußland noch keine herrschsüchtige und besitzgierige Bourgeoisie, keine kapitalistischen Eigentumsverhältnisse hat, dann ist es geradezu prädestiniert, die sozialen Ideen zu verwirklichen, in seiner Rückständigkeit liegt sein Heil und seine Berufung<sup>10)</sup>. Trotzki spricht später vom „Privileg der historischen Verspätung“, als es darum geht, die Abweichung von Marx zu rechtfertigen.

### Alexander Herzen

Der vorgetragene Gedankengang läßt sich als solcher einleuchtend machen, aber es ist wichtig, ihn im Geschichtsunterricht auch anschaulich zu machen, d. h. ihn an Personen und Ereignisse zu knüpfen. Ich schlage vor, ihn an der Biographie Alexander Herzens zu ent-

wickeln, der den Gegensatz von Westler und Slavophile in sich ausgetragen hat. Herzen war der bedeutendste Repräsentant der revolutionären Intelligenz, Russe und Europäer, Emigrant und sozialer Utopist. Seine Memoiren wurden das Lehrbuch für mehrere Generationen der russischen Jugend, seine Zeitschrift „Die Glocke“, in London geschrieben, wurde zu einer geistigen Macht im oppositionellen Rußland, wie später Lenins „Iskra“ (Der Funke) in den weitverstreuten Zirkeln seiner Anhänger, heimlich eingeschmuggelt und tausendfältig gelesen. Ich gebe nur eine Skizze — Beobachtungsstoff, Denkstoff, es ist für die Schule gedacht. Schicksale und Entscheidungen prägen sich besser ein als Theorien und Resultate.

Herzen, 1812 in Petersburg geboren und in adliger Familie aufgewachsen, wurde als 14jähriger von der Hinrichtung der Dekabristen tief erschüttert (wie später Lenin von der Hinrichtung seines Bruders). Er studiert Mathematik und Naturwissenschaften, liest Hegel und St. Simon, wird 1834 verhaftet, lebt bis 1842 in der Verbannung und geht 1847 als radikal-sozialistischer Westler und Anhänger Feuerbachs in die Emigration. Er hat Rußland nie wieder betreten. Vom Paris Louis Philippes enttäuscht, über die Habgier des Bürgertums und die Korruption in Frankreich empört, geht er nach Italien — es ist das Italien Garibaldi's und Mazzini's, ein romantisches Verschwörermilieu vor Ausbruch der Revolution, das ihm besser gefällt und das Hoffnungen erweckt auf eine gewandelte Zukunft. In Rom erfährt er von der Februarrevolution und eilt nach Paris, gerade rechtzeitig, um bald darauf die Juni-Schlacht mitzuerleben, den Sieg der Reaktion und die Wahl Louis Napoléons zum Präsidenten. Er flüchtet nach Genf und beobachtet von hier aus den Zusammenbruch der Freiheitsbewegungen in Deutschland, Osterreich und Italien. 1848 ist die große Wende für Westeuropa, aber auch ein Entscheidungsjahr für die politischen Überzeugungen der russischen Intelligenz. Herzen schreibt jetzt seine Briefe „Vom anderen Ufer“<sup>11)</sup>, sie sind an Georg Herwegh, an Mazzini, an Moses Hess gerichtet, ein wahrhaft europäisches Gespräch, in dem die „horizontale Gliederung“ Europas noch einmal deutlich wird, die Querverbindung, die der

9) Das Alter des russischen „Mir“ ist umstritten, seine spätere rechtliche Institution hängt wohl mit der steuerlichen Kollektivhaftung zusammen. Der „Mir“ wurde in der russischen Sozialliteratur des 19. Jhs romantisch verklärt.

10) Vgl. Giterman, III. Bd., S. 136 ff.

11) Eine Auswahl im Quellenband „Europa und Rußland“, Texte zum Problem des westeuropäischen und russischen Selbstverständnisses, hrsg. von D. Tschizewskij und Dieter Groh, Darmstadt 1959.



frühe Liberalismus und Sozialismus über die Staatsgrenzen hinweg geschaffen hatten. Von nun an steigert sich die Macht der Regierungs- und Staatsapparaturen, die Landesgrenzen werden abgedichtet, das nationalstaatliche Prinzip, die Vertikale, herrscht vor<sup>12)</sup>.

Herzen also schreibt am 25. August 1849 an Georg Herwegh: „Ein freidenkender Mensch, der sich nicht vor der Gewalt beugen will, hat in ganz Europa keine Zuflucht mehr, ausgenommen das Verdeck eines Schiffes, das nach Amerika absegelt“. Aber eigentlich war ihm das nicht ernst. Nicht er, sondern der Deutsche Carl Schurz, mit dem er später in London zusammentraf, hat diese Folgerung aus den enttäuschten Hoffnungen gezogen. Herzen fährt fort: von dem sich zersetzenden, abgelebten Europa sei nichts mehr zu erwarten, so wenig wie früher vom Rom der Kaiserzeit. Aber der kluge Römer sah auf die Barbaren und schrieb ein Buch über die Sitten der Germanen. Den Barbaren gehörte damals die Zukunft. So gebe es auch jetzt zwei Schauplätze, auf denen sich die soziale Umgestaltung der Welt vorbereite, Amerika und ein Land von jugendlicher Kraft und Wildheit, Rußland. Es sei das Rußland des bäuerlichen Kollektivs, der Landgemeinde, das den Widerspruch zwischen individuellem und sozialem Recht schon gelöst habe, mit dem die westliche Welt nicht fertig werde.

Generationen junger Russen stimmten Herzen zu, sahen im Volk den Träger des Heils, fühlten sich ihm gegenüber schuldig und versuchten es bildend und aufklärend auf eine höhere Stufe zu heben. Die Narodniki, junge Intellektuelle, die ins Volk gehen, berufen sich später auf ihn.

Wenn wir das „europäische Gespräch“ in seinem Umfang andeuten wollen, so muß Moses Hess noch zu Worte kommen, der den Zionismus später erdachte, der Herzen damals aber im Sinne von Karl Marx widerspricht, und auf der anderen Seite Thomas Carlyle, der den Despotismus dem allgemeinen Wahlrecht vorzieht und als höchste Tugend des russischen Volkes seinen bedingungslosen Gehorsam preist. Eine Vorübung in politischer Anthropologie wäre das, wenn man die Entscheidung und die Zielsetzung der Gesprächspartner in der Situation Europas um die Mitte des 19. Jahrhunderts bedenkt, also im Europa, dessen Kurs nun bald von Bismarck, Cavour, Napoleon III. und immer noch von Nikolaus I. ge-

steuert wird, und in dem eine zerstreute, polizeilich verfolgte Gruppe von Emigranten ihre politischen Phantasien in eine ferne Zukunft wirft.

### **Die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Narodniki**

Wir gehen bei diesem Abschnitt von den Fakten aus und fragen zuerst: wie sah das Reformwerk Alexanders II. aus und wie verwandelt es die russische Gesellschaft?

Wie sah es aus? Es gab damals etwa 21 bis 22 Millionen Leibeigene, sogenannte „Revisionsseelen“, in Rußland. Sie werden zivilrechtlich frei, die Güter bleiben Eigentum der Grundherren. Der den Bauern zur Nutzung überlassene Landanteil konnte käuflich erworben werden, es gab staatliche Kredite, in einer Frist von 49 Jahren waren jährlich sechs Prozent des Bodenwertes abzuzahlen. Die Fronarbeit war vorläufig von den auf „Zeit Verpflichteten“ weiter zu leisten.

War das den Umständen nach die einzig mögliche Art der Befreiung, war viel oder war wenig damit geschehen? Ließen sich die Folgen nicht voraussehen? Das Bauernlegen, da der zinsfreie Landanteil zu klein war, die Proletarisierung des Bauernstandes, die Zinsknechtschaft für ein halbes Jahrhundert? Seit der Befreiung sind die Bauern in Gärung, sie haben auf unentgeltliche Ackerlose gehofft und warten nun hartnäckig darauf, daß der Zar ihnen das Land, das sie bearbeiten, schenken werde. Der Zar, nicht die Grundbesitzer, denn das Land ist von Gott und gehört dem Zaren, daß ist die uralte Überzeugung der russischen Bauern.

Und nun die Folgen für die damals durch ausländisches Kapital künstlich aufgetriebene russische Industrie (die strukturelle Anomalie der russischen Wirtschaft, ein Begriff, der zu klären ist): Die mangelnde Kaufkraft der Landbevölkerung (vgl. Verbrauchsziffern von Baumwolle, Zucker usw. im Vergleich zu anderen europäischen Ländern)<sup>13)</sup>, die russische Produktion ist auf den Export angewiesen, das führt am Ende des Jahrhunderts zu einer schweren Absatzkrise, zum Druck auf die Löhne, zu größeren Streikbewegungen, zu einer imperialistischen Außenpolitik — der Krieg gegen Japan, die erste Revolution von 1905.

Soll man folgern, daß die Aufhebung der Leibeigenschaft eine Quelle des Unheils war? Sie

12) Vgl. H. Rothfels, Bismarck und das 19. Jahrhundert in: Zeitgeschichtliche Betrachtungen. Göttingen 1959

13) Giterman, III. Bd., S. 208

hat ja auch die Narodniki auf den Plan gerufen, die Volksaufklärer und Volksaufwiegler, eine Bewegung, die später Terroristengruppen ausbildet, die den Zarenmord proklamieren. Der „Zarbefreier“ Alexander II. wurde 1881 ermordet, nachdem man ihm förmlich den Krieg erklärt hatte.

Aber bedeutete die zivilrechtliche Befreiung der Bauern so wenig? Und wer waren die Narodniki, denen sie nicht genügte? Wir sind hier bei dem eigentlichen Problem der russischen Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts.

Wie kann man es entwickeln und woran läßt es sich darstellen? An den Memoiren des Fürsten Peter Krapotkin z. B., der ein bedeutender Gelehrter, Geologe und Arktisforscher, war und ein überzeugter Sozialist wegen der Überempfindlichkeit seines sozialen Gewissens, ein friedlicher Anarchist, der den Terror ablehnte. Was Leibeigenschaft bedeutet, erfährt man bei der Schilderung seines Elternhauses im Moskauer Adelsviertel, in dem es eine Dienerschaft von über 50 Leibeigenen gab, Kammerdiener, Kutscher, Handwerker, eine eigene Hauskapelle — keine ungewöhnlich grausame Behandlung, aber leibliche Hörigkeit mit aller Erniedrigung und allen menschlichen Konflikten, die daraus entstehen. Als die Leibeigenen freigelassen werden, bleibt keiner freiwillig im Dienst seines Vaters<sup>14)</sup>. Oder eine Kindheitserinnerung der Kusminskaja, der Schwägerin Tolstois, der die Taufpatin zum 10. Geburtstag nicht die erwartete Puppe und nicht den lebendigen Pudel schenkt, sondern einen größeren Gegenstand: ein 14jähriges Bauernmädchen, das zuerst Verlegenheit bereitet, dann aber doch kindlichen Triumph, denn die älteren Schwestern haben noch keine leibeigene Zofe<sup>15)</sup>.

Die Aufhebung der Leibeigenschaft bedeutete viel, aber sie kam zu spät. Sklavenbesitz wirkt demoralisierend; unter den Adligen der russischen Intelligenz hat die Verstrickung in das kollektive Unrecht lebenslange Schuldgefühle hervorgerufen.

Und in die Generation des sechziger und siebziger Jahre, die Narodniki. Es sind Studenten, junge Adlige, Kleinbürger, Frauen, Popensöhne, wie Tschernyschewski, — die Intelligentsia kennt keine Standesschranken — die als Lehrer und Ärzte auf die Dörfer gehen. Die Zahl der Analphabeten betrug damals in Rußland noch 89 Prozent. An den Univer-

sitäten war die revolutionäre Organisation „Land und Freiheit“ entstanden, darin liegt das Programm: alles Land dem Volk, das das Land bearbeitet. Zuerst also Bildung und Aufklärung des Volkes, das noch in dem dumpfen, von der orthodoxen Kirche sorgfältig behüteten Wahn dahinlebt, daß nur der Zar ihm helfen könne. Dann aber die unverzügliche Verwirklichung der absoluten Gerechtigkeit im sozialen Leben, Enteignung des Grundbesitzes, Kollektivbewirtschaftung, Werkstätten und Fabriken auf produktiv-genossenschaftlicher Basis analog zur kommunistischen Ordnung des Dorfes, also ein Neuaufbau von unten her mit Hilfe des Volkes, das man idealisierte, wie es schon die Slavophilen getan hatten. Die russische Dorfgemeinde (der Mir) wurde mit der Lehre Fouriers verbunden; während der Franzose für seine Utopien aber philanthropisch gesinnte Millionäre brauchte, schien im zurückgebliebenen Rußland die Grundlage schon gegeben. Als Bauern und Handwerker verkleidet, trugen die Narodniki ihre Propaganda in die Dörfer. 1874 machten sich mehr als 2 000 junge Männer und Frauen auf, kein revolutionärer Plan lag dieser Bewegung zugrunde, es war eine spontane Improvisation, die meisten wurden verhaftet. Utopisten waren sie, Nihilisten und Idealisten, obwohl sie sich zu einem naiven Materialismus bekannten, von sozialer Schwärmerei erfüllt, von einer eigentümlich gnadenlosen Askese geprägt, uneigennützig, von Mitleid getrieben, zu jedem Opfer bereit. Als sie die trügerische Illusion eines Volksaufstandes erkennen, aber erst dann, greifen sie zum Terror und zum Attentat — ein Leben für das Glück von Millionen. Eine Illusion auch das. Erst der totale Mißerfolg ihres Unternehmens, dann der in Rußland eindringende Sozialismus marxistischer Prägung hat sie über die Vergeblichkeit ihrer Hoffnungen belehrt.

Warum gehört das Phänomen des revolutionären Nihilismus und Terrorismus — man könnte paradoxerweise auch sagen: der großen Mitleidsbewegung der ins Volk Gehenden — in das Bild der russischen Geschichte, das wir zum Verständnis des heutigen Rußlands brauchen? Berdjajew hat die Zusammenhänge dargestellt und die eigentümliche Seelenlage dieser Generation untersucht, die sich opfert für eine künftige radikale Umgestaltung des menschlichen Daseins, die sie allein durch eine neue Gesellschaftsordnung erreichen will. Alle Grundmotive, die in der bolschewistischen Revolution führend und siegreich geworden sind, seien im revolutio-

14) Fürst Peter Krapotkin, Memoiren eines Revolutionärs, Stuttgart, 12. Aufl., o.J., S. 178

15) Giterman, III Bd., Quellentexte, S. 565 f.

nären Nihilismus der sechziger Jahre schon vorhanden: die Feindschaft gegen Religion und Metaphysik, der Ersatz der absoluten Moral durch einen sozialen Utilitarismus, die Vorherrschaft der Naturwissenschaften und der politisch-ökonomischen Disziplinen, die Unterdrückung des persönlichen inneren Lebens durch die Forderung der sozialen Ordnung<sup>16</sup>). Sie verbinden sich bei den Narodniki mit sittlichen und asketischen Zügen. „Nicht der Gedanke des Mordens, sondern des eigenen Todes war der Hauptgedanke dieser Terroristen“, sagt Stepun von ihnen<sup>17</sup>).

Die meisten sind in den Kerkern des zaristischen Rußlands oder bei der Zwangsarbeit in Sibirien zugrundegegangen, einige verlassen nach 20jähriger Haft das Gefängnis so gläubig, wie sie es betreten haben. Wera Figner, eine junge Adelige und Medizinstudentin, hatte das Attentat auf Alexander II. mit vorbereitet und büßte es 20 Jahre in der Festung Schlüsselburg; sie erzählt ihr Leben in dem Erinnerungsbuch „Nacht über Rußland“. Auch Tschernyschewski, der 19 Jahre in sibirischen Zwangsarbeitslagern verbrachte, in Gefängnissen, wie sie Dostojewski in den „Erinnerungen aus einem Totenhaus“ schildert, gehört zu ihnen. Er hatte vorher Rußland das Buch geschenkt, das jahrzehntelang die revolutionäre Jugend erzieht. Es ist der Roman einer sozialen Utopie mit der bezeichnenden Überschrift „Was tun?“ Es lohnt sich, einige Kapitel zu lesen, die das Bild des „neuen Menschen“ entwerfen, alle Typen des „neuen Menschen“, seine ganze Stufenfolge; dabei nimmt er auch den Berufsrevolutionär vorweg, den es noch gar nicht gab, Rachmetow, den adligen Grundbesitzer, der seine Kaste verläßt und mit Bauern und Arbeitern lebt. Der Roman ist allegorisch verschlüsselt, er hätte sonst im Jahre 1863 nicht erscheinen können. (Es ist nicht ohne Reiz, den Entwurf des „neuen Menschen“ heute, nach genau 100 Jahren, mit den Menschen des Sowjetstaates zu vergleichen, also Tschernyschewski mit Darstellungen von Arthur Koestler und Klaus Mehnert). Tschernyschewski war die bedeutendste Gestalt unter den Narodniki; Berdjajew nennt seine Vita „ein christliches Leben im Namen des nihilistischen Zieles“ — wobei man bedenken muß, daß Nihilismus und eschatologischer Zukunftsglaube in Rußland eine tiefe innere Beziehung haben.

16) Berdjajew, a.a.O., S. 63.

17) Stepun, Die russische Intelligenz und der Bolschewismus, S. 206.

Auch der Anarchist Bakunin hofft auf den großen Aufstand der Bauern zur Befreiung Rußlands, aber auf den kühnen, gesetzlosen Aufbruch, der aus der Weite der Wälder und Steppen hervorbricht und die Gefängnisse öffnet. Ein französischer Barrikadenkämpfer sagte von Bakunin, der an der Februarrevolution in Paris teilnahm: „Welch ein Mann! Am ersten Tag der Revolution ist er unschätzbar, aber am zweiten muß man ihn einfach erschießen.“ Obwohl ihn Lenin zweifellos hätte erschießen lassen, ein Element Bakunin steckte auch in ihm, das hatten seine Parteifreunde 1917 richtig erkannt.

Man gewinnt keine Vorstellung von Bakunin ohne seine Lebensgeschichte, die umfaßt auch die Geschichte des revolutionären Europa im 19. Jahrhundert und ist zugleich, samt seiner „Beichte“ an den Zaren, so charakteristisch russisch, daß sie dem Westeuropäer wie ein phantastischer Roman erscheint.

Ich habe mit all diesen Details, die sich ja in das Koordinatensystem der Grundfragen einordnen lassen und die Begriffe mit konkretem Inhalt füllen, nur die Anregung geben wollen, die Biographie, den Roman, die Memoirenliteratur in den Geschichtsunterricht aufzunehmen, als häusliche Lektüre, als Sonderaufgabe und Gruppenarbeit im Sinne einer inneren Differenzierung des Unterrichts. Die Freude an der eigenen Entdeckung ist dabei gar nicht zu überschätzen.

### Die Antwort von Marx und Engels

Wir wollen die Ergebnisse kurz zusammenfassen, um die Basis für eine neue Frage zu gewinnen, die uns dann näher an die bolschewistische Revolution heranführt:

Die Bauernbefreiung von 1861 hatte zur Proletarisierung des Bauernaufstandes erheblich beigetragen, allerdings auch schon zu einer Differenzierung geführt: es gab eine kleine Schicht wohlhabender und eine breite Masse verarmter Bauern und Landarbeiter. Obwohl es ständig kleine Bauernrevolten gab, wie übrigens seit Jahrhunderten, hatte die Agitation der Narodniki keinen Erfolg gehabt. Die Bauern waren nicht revolutionär, sondern sie waren landhungrig. Ein Industrieproletariat entstand in Rußland erst während der siebziger und achtziger Jahre in Petersburg und Moskau. Revolutionär war die russische Intelligenz, aber sie war unsicher geworden, sowohl was die „Sozialisierung des Landes“ wie die sich als unwirksam erweisende Methode der terroristischen Akte angeht. Anfang

der sechziger Jahre hatte Bakunin das „Kommunistische Manifest“ ins Russische übersetzt, 1872 erschien das „Kapital“ in russischer Sprache. Plechanow, der aus der Narodniki-Bewegung hervorgegangen war, gründete 1883 in Genf die erste marxistische Partei Rußlands. Das Problem, das bei der Berührung mit Karl Marx alle russischen Revolutionäre bewegte, war folgendes: kann Rußland seinen eigenen Weg gehen oder muß es mit dem übrigen Europa erst das Schicksal des Kapitalismus teilen? (Wir wissen, welche Rolle diese Frage noch nach der Februarrevolution von 1917 spielt).

Im Jahre 1881 schrieb Vera Sassulitsch einen Brief aus der Schweiz an Karl Marx. Ihr Attentat auf einen General und der Schwurgerichtsprozeß, der die Zustände in russischen Gefängnissen enthüllt hatte und mit einem Freispruch endete, hatte Widerhall in den westlichen Staaten gefunden. Der Brief der jungen Sozialistin kennzeichnet die russische Situation und enthält die entscheidende Frage; wir können uns eine bessere Quelle für den Geschichtsunterricht nicht wünschen<sup>18)</sup>. Sie fragt also im Namen der russischen Sozialisten: Es gibt nur zwei Möglichkeiten, e n t w e d e r ist die russische Dorfgemeinde entwicklungsfähig, d. h. sie kann die Produktion auf kollektivistischer Grundlage selbständig organisieren — das war die Hoffnung der Narodniki und späteren Sozialrevolutionäre —, dann muß der Sozialist alles zur Betreuung dieser Gemeinde tun (gemeint ist vom Fiskus, vom Grundbesitzer, von der Polizeiwillkür). Also eine revolutionäre Umbildung der Gesellschaft von unten herauf, der eigene russische Weg!

O d e r die Bauerngemeinde hat sich schon zersetzt, sie ist untergangsreif. Dann bleibt den Sozialisten nur die Berechnung, in wieviel Jahrzehnten das Land der Bauern in die Hände der Bourgeoisie übergehen wird und zu welchem Zeitpunkt der Kapitalismus in Rußland dieselbe Stufe erreicht haben wird wie in Westeuropa. Dann ist vorläufig nur die Agitation unter den städtischen Arbeitern möglich, zu denen sich die in die Industrie abgewanderten landlosen Bauern gesellen. Also was ist zu tun?

Das ist nicht nur eine Frage nach dem Zeitpunkt und nach der Methode der revolutionären Aktion, sondern auch nach der Einschätzung des Bauernstandes. Auf welcher Entwicklungsstufe befindet sich Rußland? will

Vera Sassulitsch wissen, ist es seiner besonderen Lage nach reif oder nicht?

Es ist gut, das einmal gründlich durchdenken zu lassen und die vermutliche Antwort von Marx (die Kenntnis des Kommunistischen Manifestes wird ja vorausgesetzt!) erraten zu lassen. Es gibt mehrere Briefentwürfe von Marx, die Rolle der Pythia war schwierig. In der Vorrede zu einer neuen russischen Übersetzung des Kommunistischen Manifests, die 1882 in Genf erschien, haben Marx und Engels eine gemeinsame Antwort gegeben, sie ist nicht ausweichend, aber sie ist konditional und lautet: „Wenn die russische Revolution das Signal zu einer Arbeiterrevolution im Westen wird, so daß beide einander ergänzen, dann kann das heutige russische Gemeineigentum zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung dienen“.

Es war ohne Zweifel die Überzeugung von Marx, daß Rußland aus eigener Kraft keine Revolution siegreich zu Ende führen könne, sondern nur zusammen mit einer Arbeiterrevolution des kapitalistisch reifen Westens. Eine Anweisung, wie man sich verhalten müsse, hat Marx nicht gegeben, nach wie vor blieben mehrere Wege offen.

### Die „Generalprobe“ von 1905

Ich kann den Unterrichtsgang jetzt nur noch skizzieren, es kommt nunmehr auf folgendes an:

1. auf die Wandlung in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur Rußlands in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts (Industrialisierung, Proletariat in den Großstädten, Streikbewegungen, Bauernrevolten) und

2. auf Lenins Analyse der Situation und sein Aktionsprogramm.

Es ist in der sibirischen Verbannung entstanden und liegt schon 1897 fest. Es lautet, auf die einfachste Formel gebracht: Aufstand des Industrieproletariats und Bauernkrieg. Aber die Sozialisten, als die führenden Intellektuellen, müssen dem Arbeiter das noch fehlende Klassenbewußtsein entgegentragen, dazu ist eine Partei nicht von Gesinnungsgenossen, sondern von geschulten Berufsrevolutionären zu schaffen, eine Art Generalstab, der Proletariat und Bauerntum als kämpfende Armeen und als Massenbasis in den Dienst der Revolution stellt. (Was ist hier marxistisch, was ist neu, wie hat es sich in der revolutionären Theorie und in der Erfahrung vorbereitet? Der „Leninismus“ zeichnet sich ab.)

18) Giterman, III. Bd., S. 318 f.

1902 erscheint Lenins Schrift „Was tun?“ Sie enthält die ideologische Grundlage der späteren bolschewistischen Partei. Wir erinnern uns: 1862 hatte Tschernyschewski an eine scharfsinnige Charakteristik der gesellschaftlichen Schichten auch die Frage geknüpft „Was tun?“ und sie mit einer sozialen Utopie beantwortet, die von den Wissenden und Führenden, den professionellen Revolutionären, zu schaffen sei. 1881 fragte Vera Sasulitsch: was ist unter diesen Umständen in Rußland zu tun?

Die eigentliche Lehre, was zu tun sei, erhielten alle Richtungen in Rußland erst durch die Ereignisse des Jahres 1905. Trotzki nennt sie den Prolog zu den beiden Revolutionen von 1917. „Der Prolog enthielt alle Elemente des Dramas, nur nicht bis ans Ende geführt“<sup>19)</sup>. (Unsere Geschichtsbücher erwähnen die Revolution im Zusammenhang mit dem russisch-japanischen Krieg in einem größeren Kapitel, das den Imperialismus der Großmächte darstellt und gewöhnlich das britische Empire, die französische Marokkopolitik, die europäische Durchdringung Chinas und vieles andere behandelt. Hier dagegen geht es um einen anderen das Verständnis erst ermöglichenden, also um einen zwingenden Zusammenhang!)

Wir stellen die Revolution von 1905 als Unterrichtsaufgabe und charakterisieren die beteiligten gesellschaftlichen Gruppen, ihre Ziele, die Formen des Aufruhrs, die Haltung der Regierung, den reaktionären Gegenschlag, also ihren Verlauf. Ich erinnere mit einigen Stichworten an diese Ereignisse:

Der unglücklich verlaufende Krieg gegen Japan, die Massendemonstration vor dem Winterpalais am „blutigen Sonntag“ (9. Januar), mit Kirchenfahnen und Zarenbildern unter Führung eines Popen — der Minister Witte hielt sie zuerst für eine Prozession —, dann der Befehl an die Truppe zu schießen, das Blutbad. Der Zarenmythos ist zerstört. Jetzt die Rufe nach einer Konstitution bei den Liberalen, den Professoren der Universitäten, den Industriellen, dem gebildeten Bürgertum, das kurze Zeit mit dem Proletariat sympathisiert. Die Partei der Kadetten bildet sich. Aber die Masse geht ihre eigenen Wege, die Arbeiterstreiks dehnen sich über ganz Rußland aus, der erste Sowjet der Arbeiterdeputierten wird gebildet, und die Idee eines Rätestaates taucht auf. Auf dem Lande Bauernrevolten, Plünde-

19) Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, S. 27.

rungen, Morde, wilde Enteignung und Verteilung von Ackerland. Politische Forderungen vertreten die Bauern nur unter dem Einfluß von agitierenden Intellektuellen. Die Schwarzmeer-Flotte meutert (Panzerkreuzer Potjomkin). Endlich gibt der Zar seinen liberalen Beratern nach, verspricht im Oktober-Manifest eine Duma mit größeren Rechten und bürgerliche Freiheit. Damit ist der Elan des Generalstreiks gebrochen, die revolutionären Gruppen spalten sich, die Forderung des Bürgertums ist erfüllt.

Und nun die Reaktion: Eine Pogrombewegung gegen die Juden erschüttert Südrußland — es ist das bekannte Ablenkungsmanöver des zaristischen Regimes — sie wird offen von der Polizei unterstützt. Zuletzt schlagen die Truppen, die durchweg zarentreu geblieben sind, einen bewaffneten Arbeiteraufstand in Moskau nieder. Die Duma wird aufgelöst, die Versprechungen des Oktober-Manifestes werden Stück um Stück zurückgenommen; was bleibt, ist eine Scheinkonstitution. Die Bolschewisten haben später die Revolution von 1905 die „Generalprobe“ genannt, sie war offensichtlich mißlungen. Aber die Abstraktionen hatten sich, wie Trotzki sagt, mit sozialem Stoff gefüllt.

Was lehrte die Revolution? Ich würde versuchen, diese Frage erst einmal durch die Schüler beantworten zu lassen. Es ist die Analyse am Modell, die offene Fragesituation. Man muß von Fakten ausgehen, sie an den Theorien prüfen, die Linien weiterziehen. Es ist eine Probe auf das inzwischen gewonnene historische Verständnis, auf die Fähigkeit, politische und gesellschaftliche Strukturen zu sehen und die Motive der Handelnden zu erkennen. Eine gegebene Situation, keine erdachte und zeitlose, die Situation Rußlands im Jahre 1905, erregend und aktuell, weil wir im Bewußtsein das Jahr 1917 und sein unwiderrufliches Ergebnis haben, zugleich fern, distanziert wie alles Geschichtliche, so daß wir uns hineindenken müssen.

Was also lehrte dieser Ablauf von Ereignissen oder besser: wen lehrte er was? Es gibt drei Analysen der Revolution, die unternommen wurden, als sie sich auf dem Höhepunkt befand und das Ende noch nicht abzusehen war; die Beteiligten wußten weniger als wir. Sahen sie das Entscheidende, behielten sie mit ihren Folgerungen recht, für die nächste Zukunft recht oder für eine fernere Zukunft recht?

Die eine Stellungnahme ist in der Denkschrift des Grafen Witte an Nikolaus II. vom 9. Ok-

tober 1905 enthalten, sie mahnt den Zaren, rechtzeitig die bürgerlichen Freiheiten zu gewähren und sich an „die Spitze der Bewegung zu stellen“. Reform oder Revolution sei die Parole. „Die Schrecken der russischen Revolution werden alles übertreffen, wovon die Geschichte berichtet. Es ist möglich, daß durch ausländische Einmischung das Reich in Stücke zerrissen wird. Man wird versuchen, die Ideale des theoretischen Sozialismus zu verwirklichen . . . sie werden die Familie zerstören, das religiöse Leben vernichten, das Eigentum beseitigen und alle Rechtsgrundlagen untergraben“<sup>20</sup>). Das ist seine Prognose. (Das Oktobermanifest und die erweiterte Duma waren die Folge).

Witte vertritt eine gemäßigt reformerische Richtung, die das Zarentum stützen möchte und später in Stolypins Reformwerk weitergeführt wird.

Im Mai 1905 hatten die Menschewiki auf ihrem Parteitag in Genf, die Bolschewiki in London (seit 1903 waren sie getrennt) die mit äußerster Spannung verfolgten Ereignisse bereits analysiert und ihr Aktionsprogramm entwickelt<sup>21</sup>). Die Menschewiki bezeichneten die Revolution in strenger Anlehnung an Marx als die historisch notwendige, bürgerlich-demokratische Revolution. Die Arbeiter müßten deshalb die liberale Bourgeoisie unterstützen und dürften sie nicht durch radikale Ziele in das reaktionäre Lager treiben. Die Bauern seien noch kein revolutionäres Element, eine Bodenreform könne erst auf Beschluß einer konstituierenden Versammlung stattfinden. Rußland sei im Rückstand und könne die zweite, die sozialistische Revolution erst nach der sozialistischen Umwälzung im Westen auslösen (vgl. Tscheidse)!

Der Parteitag der Bolschewiki in London erklärte, dank der besonderen sozialen Struktur Rußlands könne nicht nur der Absolutismus des Zarentums, sondern gleich darauf auch der Kapitalismus der liberalen Bourgeoisie gestürzt werden, wenn sich Arbeiter und Bauern zu einer Koalition der revolutionären Klassen zusammenschließen. Das sei nur möglich unter der Führung der bolschewistischen Partei, die zum bewaffneten Aufstand aufrufen und die revolutionäre Diktatur errichten müsse, um das Bürgertum auszuschalten und die Landverteilung unverzüglich vorzunehmen. Konstitutionen und Parla-

mente seien nur ein Deckmantel für den kommenden Verrat der Bourgeoisie an der Revolution und ihren Ergebnissen. (Die Demokratie wurde schon vor 1905 auch als „revolutionäre demokratische Diktatur“ bezeichnet.)

Eine dreifache Antwort auf einen geschichtlichen Vorgang! Der Standort der Betrachter, ihre Bindung an Weltanschauung, Tradition, an das politische Wunschbild, wäre zu untersuchen, auch der Grad von Realismus und Irrrealismus in der Beurteilung. Ist der Realismus siegreich oder ist es umgekehrt, ereignet sich später gerade das Unwahrscheinliche der Sieg der kleinsten Gruppe mit dem stärksten Willen oder setzt sich sogar der Wille eines einzelnen durch? Also wieder Trotzki's Frage: was wäre geschehen, wenn man Lenin verhindert hätte, nach Rußland zu kommen? Was wäre, wenn — eine Frage, die der Geschichtswissenschaft verdächtig ist, die aber das Tor zur geschichtsphilosophischen Besinnung öffnet: Zwang der Umstände oder Freiheit des Individuums, Gesetz oder Zufall, Vernünftigkeit oder Irrationalität der Geschichte, Determiniertheit oder Offenheit? Aber auch die anthropologische Frage nach dem Menschen, wie er sich selbst versteht, steckt in den Möglichkeiten dieses Gesprächs. —

#### Ausblick

Für das Verständnis der Oktoberrevolution, des Rätestaates, der Parteidiktatur, des Bürgerkrieges, der Nep-Politik, der Fünf-Jahres-Pläne ist nun der Grund gelegt. Mehr sollte nicht aufgezeigt werden. Man kann den weiteren Verlauf nicht mit der gleichen Ausführlichkeit behandeln. In den zwanziger und dreißiger Jahren gewinnen die Zusammenhänge der russischen Geschichte mit der deutschen, der europäischen, der Weltgeschichte wachsende Bedeutung. Man wird auch die Frage nach den Bedingungen und Möglichkeiten des russischen Raumes stellen müssen, etwa nach seinem primären Einfluß auf die Verzögerung der revolutionären Entwicklung und nach seiner späteren Bedeutung für die Verwirklichung des technisierten Staates, worüber uns nur die Länderkunde und die Sozialgeographie belehren können.

In einem letzten Abschnitt wird man das Sowjetsystem als totalitäre Herrschaftsform der freiheitlich-demokratischen Ordnung der westlichen Welt gegenüberstellen, ein Vergleich, der zu den wesentlichen, aber auch zu den schwierigsten Aufgaben der politischen Bildung gehört; denn das Klischee liegt griff-

20) Quellenheft „Die russische Revolution“, Klett, S. 15 f.

21) Giterman, III. Bd., S. 403 ff.

bereit. Hier ist eine Reihenfolge vorgeschlagen, in der der begründende Akt — der Übergang von der ersten zur zweiten Phase der Revolution — am Anfang, die Vorgeschichte an der zweiten, die Strukturanalyse an der dritten Stelle steht. Wenn auf diese Weise das Sowjetsystem und seine Lebensordnung sich als ein Produkt von spezifisch russischen geschichtlichen Gegebenheiten, von einer modifizierten marxistischen Theorie und den Willensentscheidungen einzelner darstellt, so heißt das nicht, daß man durch die Historisierung eines politischen Phänomens der politisch-ethischen Frage ausweichen dürfe. Man kann es auch gar nicht, denn sie stellt sich an allen Punkten, wo wir Menschen handeln und sich entscheiden sehen, wo soziale Werte verabsolutiert und sittlich-personale mißachtet werden, wo das *bonum particulare* sich an die Stelle des *bonum commune* setzt. Sie stellt sich bei den Narodniki so gut wie bei dem Autoritäts- und Polizeiregime Nikolaus I. und dem Entschluß der Bolschewisten, die alten herrschenden Klassen auszurotten um des künftigen Glückes aller willen. Es ist deshalb wichtig, in dem dritten Teil des Unterrichtsganges, der hier nicht mehr skizziert ist, nicht nur die Ordnungsfaktoren von Staat, Partei, Gesellschaft und Wirtschaft darzustellen und sie mit westlichen Einrichtungen zu vergleichen, sondern an Beispielen menschlicher Existenz und menschlicher Grunderfahrungen die Lebensbedingungen im totalitären Staatsgefüge zu verdeutlichen.

Uns stehen dafür die Berichte westeuropäischer Intellektueller zur Verfügung, die den Wahrheiten des Kommunismus zuerst begeistert zustimmten, bis sie sich der fundamentalen Lüge gegenübersehen, die auch die Wahrheiten wieder aufhebt. Eine solche Konfrontation läßt sich nachvollziehen, wenn wir etwa die Gespräche lesen, die Ignazio Silone mit russischen Kommunisten der Stalin-Ära führt, oder den Lebensbericht Arthur Koestlers oder das Tagebuch André Gides von seiner Rußlandreise 1936; denn hier geht es nicht um eine theoretische Auseinandersetzung zwischen politischen Doktrinen, sondern um die existentielle Erfahrung des Sowjetsystems, es geht auch um den Aufruhr des Gewissens, wie er von Louis Fischer und Stephen Spender in der bekannten Sammlung von Dokumentarberichten geschildert wird<sup>22)</sup>. Hier ist

22) Der Gott, der keiner war. 1. Aufl. 1952. Jetzt im Deutschen Taschenbuch Verlag, München 1962.

die Gegenüberstellung des westlichen Freiheitsbegriffs und der Parteidisziplin, die ihn ausschließt, oder mit der kommunistischen Zukunftsgewißheit, die ihn angeblich überflüssig macht, in die personale Sphäre gerückt. Der Kommunismus wird von allen, die sich hier Rechenschaft ablegen, als eine neue Version der unmenschlichen Wirklichkeit erfahren, gegen die sich die überzeugten Sozialisten gerade empört hatten. Das wäre ein Ausgangspunkt, der zum Mitdenken zwingt und der die Frage geradezu aufnötigt, wieweit die Konsequenzen des Systems, nämlich die neue Form der Versklavung des Menschen, der diktatorischen Willkür, des schrankenlosen Imperialismus und der manipulierten politischen Lüge schon vom Leninismus her gedacht werden können und wieweit sie erst aus der Perversion des politischen Gewissens hervorgehen, das sich dem Parteiapparat unterwirft und die Gegenwart einer utopischen Zukunft opfert.

Es scheint mir für den Unterricht wichtig, nicht dem Systemdenken zu verfallen und gleichsam den Menschen aus der Geschichte der Menschheit auszuschließen (Tocqueville). Darum dieser Ansatzpunkt, die Analyse der totalitären Staats- und Lebensordnung muß sich anschließen. Obwohl es viele nützliche Publikationen für den Geschichtsunterricht gibt, ist die grundlegende didaktische Auswahl und Gestaltung des schwierigen Stoffes noch nicht geleistet; das beweisen die dünnen Kapitel unserer Geschichtsbücher.

Dieser Entwurf behandelt nur den ersten Teil des Terial-Lehrgangs mit einiger Ausführlichkeit, der weitere Verlauf wurde lediglich angedeutet. Im ganzen ist es ein Vorschlag, wie man es machen könnte. Was die Quellen, die der Veranschaulichung dienenden Episoden und die Querschnitte durch eine Zeitsituation angeht, so sind alle möglichen Variationen denkbar. Eins scheint mir verbindlich zu sein: daß der Zusammenhang bei der wichtigsten Epoche der russischen Geschichte gewahrt bleibt! Konzentration der Bildung ist nicht so zu verstehen, daß künstliche Querverbindungen zu anderen Fächern geschaffen werden — das ist seit den Richertschen Reformplänen immer nur appellativ geblieben, und das hat seine guten Gründe! — sondern daß die innerhalb des Geschichtsunterrichts, aber auch in anderen Fächern verstreuten Fakten und Einsichten gesammelt und um eine größere Aufgabe konzentriert werden, eine

Aufgabe, die der Erhellung unserer Gegenwart dient. Hier müßten also Einsichten aus der russischen Literatur, der Staatsphilosophie, der Geographie, der Gesellschaftswissenschaft, der Religionsphilosophie dazu beitragen, das Phänomen der bolschewistischen Revolution und des Sowjetstaates begreiflich zu machen. Es gibt sicher noch eine Reihe anderer Aufgabenbereiche, deren natürlichen inneren Zusammenhang man herstellen könnte, wenn die entscheidenden Fragen gefunden sind, die die Antworten provozieren. Die Chronologie der europäischen Geschichte ist keine natürliche Ordnung, für das „verspätete Rußland“ schon gar nicht.

Eine theoretische Erörterung, wie bei unserem Gegenstand politik-wissenschaftliche, historische, soziologische und geographische Methoden und Ergebnisse zusammenkommen, schien mir überflüssig, weil es sich von der richtig begriffenen Aufgabe her von selbst versteht, mit welchem wissenschaftlichen Rüstzeug wir sie lösen müssen.

Ein Unterrichtsmodell, bei dem von den Schülern so wenig die Rede ist — könnte man einwenden. Aber das meiste ist in geschichtlichen Arbeitsgemeinschaften erprobt, und die vielen Fragen, wenn auch einfacher formuliert, gingen stets zwischen Schülern, Lehrer und Gegenstand hin und her.